INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 14

29. Juli 1988

AUFRUF ZUR ANEIGNUNG DES STADTBILDES

Dies ist ein Beitrag aus einem Männerzusammenhang, der den eigenen momentanen Diskussionsstand zum Thema: Männer gegen patriarchale Zurichtung widergibt. Wir beziehen uns auf den ersten Aktionstag mit dem Thema "Frauenarbeit". Unser Ansatzpunkt ist die patriarchale Zurichtung. Diese Zurichtung ist die Voraussetzung dafür, daß Männer und Frauen ihre Rollen innerhalb ihrer Arbeitsbereiche erfüllen.

Wir rufen auf, im Rahmen der Kampagne gegen die IWF/Weltbank hier in Westberlin im September 1988:

- bereits im Vorfeld der Tagung massenweise die Werbetafeln, die das Stadtbild prägen, nach "UNSEREN" Vorstellungen umzugestalten und ihre Aussagen zu entlarven
- während der Aktionstage im Herbst (und natürlich auch schon vorher) Aktionen in ihrer ganzen Vielfalt gegen Sex-Shops und Porno/Videoläden durchzuführen.
- rechtzeitig vor dem Kongreß einen Aufruf an alle Kioske zu verschicken, mit der Forderung, sämtliche Pornohefte aus dem Verkauf zu nehmen, damit wir es nicht selbst machen müssen.

Wir schlagen vor, Werbung, eine der wichtigsten Ideologieträger vom Patriarchat und Kapitalismus, aller Art zu zerstören, entlarvend zu verfremden und mit unseren Inhalten anschauendswert zu machen. Wir haben uns deshalb zu diesen Aktionen entschlossen, weil die Werbetafeln an jeder Hauswand, die Werbespots im TV und die Titelbilder der Zeitschriften für uns die offensichtlichsten Bemühungen sind, uns Männerrollen aufzuzwingen.

Patriarchale Zurichtung oder das Erlernen eines männlichen/weiblichen Rollenverständnisses findet auf allen gesellschaftlichen Ebenen und permanent statt: in der Familie, Schule, auf der Arbeit als auch in der Öffentlichkeit.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte

Welches Verständnis von MANN SEIN und FRAU SEIN wird uns nun tagtäglich vermittelt und was ist unser Interesse, uns damit auseinanderzusetzen und dagegen Widerstand zu leisten? Wir wollen das aus Männersicht für Männer beschreiben.



Innerhalb der Hierarchie des kapitalistischen Systems wird jedem von UNS ein Platz zugedacht - ein Platz innerhalb der bezahlten Lohnarbeit. Damit diese Art von Arbeit von Männern überhaupt geleistet werden kann, wird von Frauen erwartet, daß sie im Rahmen von unbezahlter Hausarbeit aber auch besonders im Bereich Familie/Beziehung durch ihre angeblich "speziellen, weiblichen" Eigenschaften/Fähigkeiten "Unterstützungsarbeit" leisten. Dies nach allgemeinem Verständnis- natürlich und kostenlos.

Damit dies so funktioniert, braucht es Methoden und Maßnahmen, wo permanent dieses Verständnis von Männerrolle und Frauenrolle neu produziert (reproduziert) wird. Und hierbei kommt der Werbung eine große Bedeutung zu: An fast jeder Ecke, in der U-Bahn etc. sehen wir, wie Männer sein sollen!

Souverän in
Kraft, Raum und Komfort.

So wie der coole Abenteurer, der das Leben alleine gegen alle meistert, die Natur unterwirft und dabei Camel raucht. Die Natur, das ist die Frau mit Orangen an den Hüften und Chiquita-Bananen in den Haaren. Und ist diese "Natur" unterworfen, bleibt die Hausfrau übrig, die sich um die "weißen Ariel-Hemdem" der ganzen Familie kümmert.

Im der Werbung finden wir den offensichtlichsten Ausdruck der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die immer so gesteuert wird, wie es die Ökonomie gerade braucht: für Frauen heißt das mal ein bezahltes Arbeitsverhältnis mit Lächelzwang, mal einen Platz zuhause am Herd bei den Kindern.



Männer lernen schon sehr früh. erfolgreich zu sein und sich in der Konkurrenz behaupten zu müssen. Männer haben keine Schwächen, keine Fehler. Sie lassen keine Gefühle zu, sind stark und hart gegeneinander. Und Männer werden in ihrer Sexualität und Emotionalität auf Frauen fixiert.
Die Gesamtheit dieser Eigenschaften ist für IHN Voraussetzung, um in diesem patrirchalischem, kapitalistischen System SEINEN Platz behaupten zu können - andere, angeblich schwache



Eigenschaften wären dem nur hinderlich. Und SIE unterstützt IHN bei seinem gesellschaftlichen Aufstieg.

Wir lernen, daß Frauen lächelnde, einfühlsame, zuvorkommende und verständnivolle "Wesen" sein sollen, die allzeit bereit sind, den durch den harten Arbeitsalltag geplagten Mann wieder aufzurichten. Damit ER am nächsten Tag in diesem kapitalistischen System von Konkurrenz und Macht wieder SEINEN Platz einnehmen kann - dabei sich <u>gegen</u> andere Männer behaupten kann.

Ein Mann ist potent, ohne Schwächen. ER hat die Frau zu befriedigen. Es geht sowieso nur um SEINE Sexualität, die vielfach dann nur noch auf bestimmte Techniken/Praktiken reduziert ist und die ein (richtiger) Mann beherrschen muß - sonst ist er eben kein Mann. Die SO vermittelte Männergesprächen

Männersexualität drückt sich auch in den alltäglichen sexistischen Männergesprächen auf der Arbeit aus. Wie da über die "sexuellen Heldentaten" vom letzten Wochenende geredet wird, zeigt, daß einen wichtigen Platz darin hat, sich unter Männern, die in jeder Hinsicht in Konkurrenz stehen, was zu beweisen. Daß es bei dieser Form von fremdbestimmter Sexualität oft nur um die Reproduktion von Machtverhältnissen geht, zeigt sich in allen von Vergewaltigung.
SIE ist jederzeit für IHN verfügbar - MANN braucht nur zuzugreifen. Die anbeglich weiblichen Eigenschaften können (natürlich) ohne Gegenleistung des Mannes in Anspruch genommen werden. Dahinter steckt das Verständnis von FRAU als ausbeutbare Naturresource.

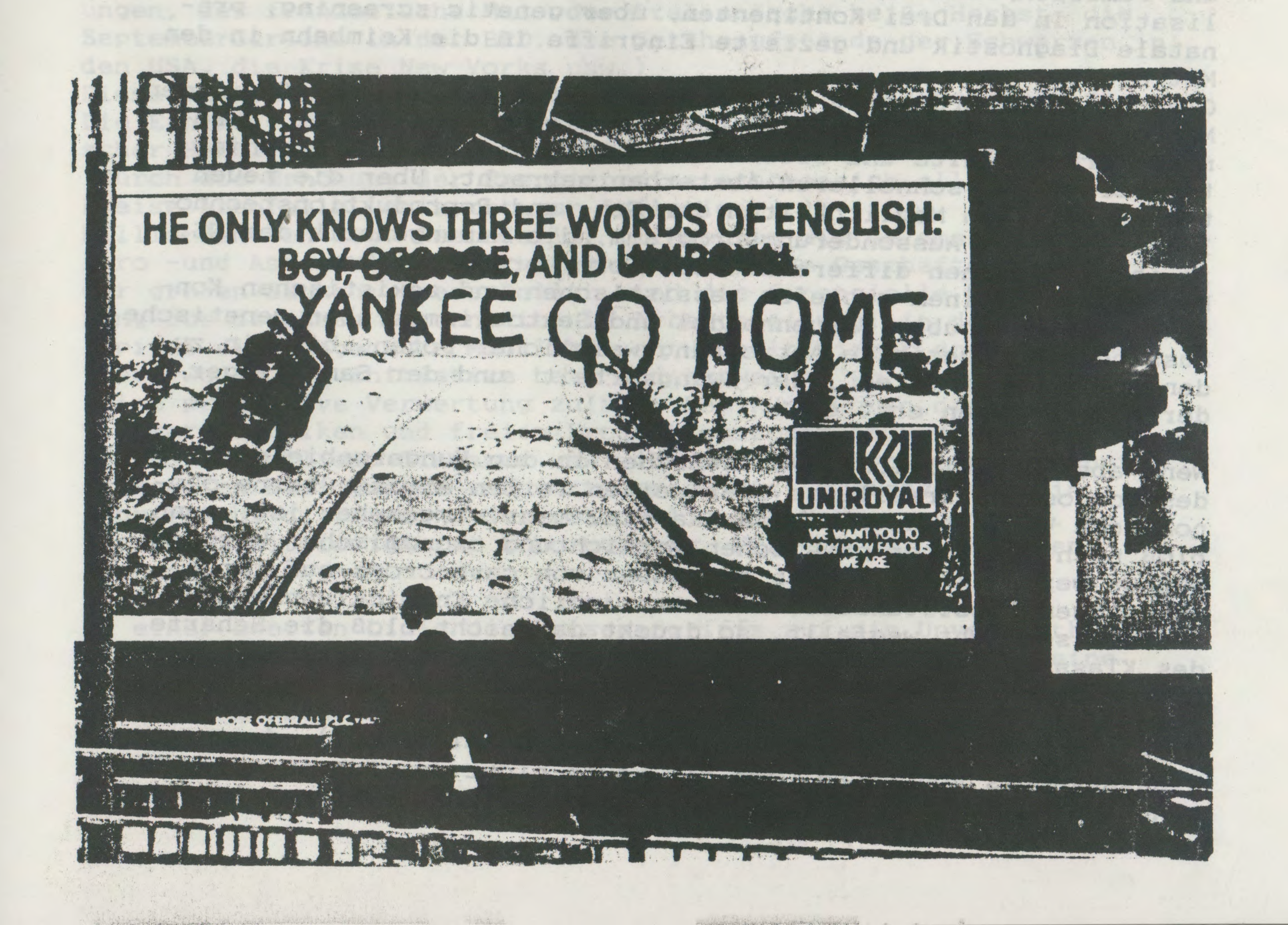
Im Bereich der Pornographie kommt dies am stärksten zum Ausdruck: während bereits in der Werbung Männern gezeigt werden, wie sie sich zusammen mit dem Kauf eines Produktes die sexuelle Verfügbarkeit einer Frau erkaufen können, ist es in der Pornographie für jeden Mann möglich, in Gedanken über eine Frau -genauer gesagt: über den Körper einer Frau- zu verfügen. FRAU SEIN wird auf Sexualität reduziert, als Objekt für die Männersexualität bestimmt.

In der Pornographie wird Männern gezeigt, wie sie sich den weiblichen Körper aneignen können und, daß sie die Macht dazu haben.

Gegen diese permanente Zurichtung und ideologische Beeinflussung kämpfen wir an - wir haben Kein Interesse an Hierarchien und Machtausübung für die HERRschenden. Wir verstehen diese permanente "Berieselung" mit IHREN Vorstellung von Männer- und Frauenrollen, die besonders in der Werbung und Pornographie stattfindet, als Angriff auf unsere Selbstbestimmung.

EIGNEN WIR DAS STADTBILD AN!!
ENTLARVEN WIR IHREN ANGRIFF UND KLAUEN WIR DIE OFFENSIVE, INDEM WIR UNSERE INHALTE DAGEGEN SETZEN!!!!

Aber sind wir uns auch permanent bewußt, daß wir als Männer in dieser patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft aufgewachsen sind und noch in ihr leben. Für uns geht es immer noch um erste Schritte.



Die Zeit der Ungeduld

oder jagen wir sie zum Teufel

Diskussions/Positionspapier Internationalismusgruppe

Der Angriff des transnationalen Kapitals, die Dimension des sozialer Zerstörung, mit denen die Klasse seit Anfang der 80er Jahre weltweit konfrontiert ist, dieser zugespitzte Krieg gegen die Klasse, scheint die Hoffnung auf soziale Revolution und Befreiung mehr denn je zu ersticken.

Wir sehen ein gigantisches Rationalisierungs- und Vernichtungsprogramm, daß in den drei Kontinenten Millionen Hungertote, durch Zwangsmobilisierung und Vertreibung, Hunderttausende von Flüchtlingen hervorbringt, die in Hungerlager gezwungen, ausgesondert und einer selektiven Verwertung oder Vernichtung zugeführt werden sollen. (Die Abschottung gegen diese Flüchtlingsströme, die um die Metropolen in trikontinentale Räume der Vernichtung herumgeleitet werden sollen, verläuft u.a. über die anhaltende Verschärfung der Asyl- und Abschiebepraxis und deren Vereinheitlichung und datenmäßiger Vernetzung auf gesamteuropäischer Ebene.)

Rationalisierung heißt Aussonderung der Unproduktiven, der "unnützen " Esser, der Unbrauchbaren. Das geht über Bevölkerungs- und Familienplannungsprogramme, durch Massen- und Zwangssterilisation in den Drei Kontinenten, über genetic screening, pränatale Diagnostik und gezielte Eingriffe in die Keimbahn in den Metropolen.
Gleichzeitig verschärft sich der sozialpolitische Angriff in den Metropolen, werden auch hier Armutsregionen ausgebildet, chronisch Kranke, Alte und Sieche durch Gesundheits- und Psychiatriereform zum schnelleren Absterben gebracht. Über die neuen technologischen Möglichkeiten der Gen- und Reproduktionstechnologie wird das Aussonderungsprogramm, die Humangenetik des NS, in ihrer modernen differenzierten Form vorangetrieben.
Das alles in einem zutiefst rassistischen und sexistischen Kontext, der sich über Frauenhandel und Sextourismus,über genetische Aussonderung, gezielte Abtreibung weiblicher Föten, bis hin zu den Ausländerkarteien , der Zwangsarbeit und der Sammellager der Migrantinnen erstreckt.

Wenn aber für Millionen von Menschen in den Hungergebieten z.B. des Nordostens Brasiliens oder weiten Teilen Afrikas keine ökonomische Verwertung durch das Kapital mehr vorgesehen ist, wenn bloß noch aus uhrer physischen Vernichtung ökonomischer Wert gewonnwn werden kann, (durch den Anbau von cash-crops auf ihren ehemaligen Subsistenzflächen) wenn jegliche Entwicklungskonzeption schlicht wegfällt, so drückt das nicht bloß die Schärfe des Klassenkrieges von oben aus, sondern es beinhaltet die ganze Breite und Vielfalt einer Subjektivität des Kampfes, der Verweigerung, der Nichtangepasstheit, der Undurchringbarkeit sozialer Orte (z.B. Favelas in Brasilien, Slums in Kairo usw.), des Klassenkampfs von unten, der bis heute nicht den Schein einer Lösung der weltweiten Krisensituation am Horizont erkennen läßt.

Wollen wir in den Metropolen antipatriarchalische, antiimperialistische, revolutionäre "Politik" vorantreiben, dann haben wir uns genau in den Zusammenhang dieser weltweiten Kämpfe zu stellen Dann müßen wir die ganze Bandbreite sozialer Nichtangepaßtheit, in der sich die Subjektivität der Klasse immer wieder gegen die Angriffe des Kapitals sperrt und diese immer wieder gegen das Kapital umzudrehen in der Lage ist, begreifen.

So ist die "Grüne Revolution" in den 60er Jahren als explizite Antwort auf die "Rote Revolution", der Befreiungsbewegungen, der Bauernguerillas usw., ausgerufen worden. Im Kern ging es dabei um die Zerstörung der ländlichen Subsistenz, um die Weigerung der trikontintntalen Bäuerinnen mehr zu produzieren, als für ihr eigenes Überleben nötig war. Durch Investitionen in die Landwirtschaft sollte deren Produktivität gesteigert werden und das Mehrprodukt an den Weltmarkt angekoppelt werden. Voraussetzung dafür wardie Vertreibung und die Zerstörung der Subsistenzzusammenhänge. Die technologischen Instrumente dafür waren die neuen ertragreichen Weizensorten , die cash crops, der Einsatz moderner Technologien, Saatgut, Kunstdünger, Pestizide, also das gesamte tödliche Arsenal der Chemie- und Agroindustrie. Familienplanung und Geburtenkontrolle wurden gegen diejenigen eingesetzt, die sich weigerten produktiv zu niedrigsten Löhnen zu arbeiten. Die Verjagten reagierten darauf mit der sogenannten Revolution der Erwartungen. Zu Hunderttausenden wanderten sie in die Städte und stellten dort ihre Forderungen auf ein Einkommen und Überleben. Ende der 60er Jahre drückte sich das, in Verbindung mit den Aneignungskämpfen in den Metropolen in einem weltweiten Kampfzyklus von unten aus. (z.B. Vietnam und Chile die Streik u. Landbesetzungen in Argentinien, Indien, Thailand, Sambia, Äthiopien, Biafra, Ghana, Nigeria, Kongo, Südafrika,das Nebeneinander von Bauernaufständen und Städtischen Lohnforderungen, der französische Mai, der italienische heiße Herbst, die Septemberstreiks in der BRD, die Getthoaufstände der Schwarzen in den USA, die Krise New Yorks usw.)
Diese Kämpfe zwingen das Kapital in die Erdöl und Energiekrise. Die Erhöhung der Energiepreise diente dem Kapital als strategischer Hebel das Einkommen der Klasse weltweit abzuschöpfen. (Durch die Erhöhung der Energiepreise erhöhensich alle andern Preise ebenfalls, es kommt zur Inflation...)
Milliarden von sog. Petrodollar fließen in die Geldmärkte des Euro -und Asiendollarmarktes, sprich auf die Geschäftskonten der großen Banken. Diese Dollar sind die finanzielle Voraussetzung für die Neue Internationale Arbeitsteilung, in der das Kapital eine ungeheure Mobilität entwickelt, immer dort investiert wo es die Initiative hat, und ausweicht wo der Druck der keine produktive Verwertung zuläßt. Der Rückzug in die neuen Weltmarktfabriken und freien Produktionszonen in Südkorea, Mexiko, Brasilien, Singapur usw. in denen die Arbeiterinnen unter extremsten Bedingungen vernutzt werden, ist gleichzeitig ein Angriff auf die Strärke des metropolitanen Massenarbeiters. (Massenarbeitslosigkeit, Lohnrückgang, Kürzung der Lohnnebenkosten)

In einer zweiten Linie des Krisenangriffs auf die Unverwertbaren, die als "überflüssig" definierten, entwickelt das Kapital eine Hunger -und Vernichtungsstrategie, deren Voraussetzung die fortgesetzte Zerstörung der Subsistenzzusammenhänge, und deren Grundlage die Kontrolle über das Weltnahrungsmittel Weizen ist.

Nahrung soll es nur noch für Ruhigverhalten geben : food for peace- das ist der Einsatz der Waffe Hunger gegen Guerilla, Nahrungsmittel nur noch für Geld/Zwangsarbeit - food for work, das sind die Programme von Weltbank und IWF. Der Zugriff auf die Kleinbäuerinnen und die Armen in den Städten, soll über die Investitionen in die Armen " gesichert werden. Die Weltbank entdeckt die Produktivität der Armen und den informellen Sektor im Dickicht der Riesenstädte und versucht dessen Anbindung an die modernen Sektoren, um eine ständige Wertübertragung aus diesen untersten Segmenten heraus zu sichern.
Noch gibt es soetwas wie eine Entwicklungskonzeption für die Schwellenländer (Brasilien, Mexiko, Südkorea, Iran,usw.) noch hoffen die jeweiligen Entwicklungsdiktaturen mit den billigen Krediten der 70er Jahre über die Exportindustrialisierung einen neuen Akkumulationszyklus in Gang setzen zu können.

Ende der 70er Jahre drückt sich der Klassenwiderstand in einer "neuen" Form von Aufständen u. Revolten und Landbesetzungen aus. Es sind die sog. Brot und IWF Aufstände von Ägypten 77 u.84 über Tunesien, Marokko, Peru, Equador, Bolivien, Jamaika, Dom. Republik bis Brasilien, ja selbst in die Meropolen hinein wie in Brixton, Toxteth. Der Mob geht auf die Straße und holt sich das, was ihm eh gehört, oft in Verbindung mit den Malocher/innen in den Fabriken, Streiks und Plünderungen. Getragen werden diese Aufstände oft genug von den Migrantinnen die sich abwechselnd in den Klitschen der Slums, den modernen Industrien, oder als Erntearbeiterinnen auf dem Land wiederfinden.
In der Iranischen Revolution jagen die Unterklassen nicht nur den "König der Könige" zum Teufel, sondern versetzten der US-Vorherrschaft im Nahen Osten einen Schlag mit unabsehbaren Folgen und Zentralamerika gerät mit der sandinistischen Revolution und der starken Guerilla in El Salvador außer Kontrolle.

Das transnationale Kapital leitet Ende der 70er Anfang der 80er Jahre die Schuldenkrise ein, über die Politik des hohen Dollar und des hohen Zinses. Über die Bedingungen der Kreditvergabe (die jeweiligen sog. IWF-Auflagen) schafft es sich ein wesentliches Instrumentarium zur Durchsetzung einer Weltsozialpolitik: Ob die Menschen etwas zu essen haben, unterwelchen Bedingungen sie arbeiten müssen, ob sie Zwangssterilisiert werden oder dem Hungertod preisgegeben sind, liegt fast vollständig jenseits der Entscheidungsmöglichkeiten von nationalen Regimen, egal ob es sich um Militärdiktaturen, nationalen Bourgeoisien, oder ehemaligen Befreiungsbewegungen handelt.
In den Metropolen werden mit den Reagonomics, dem Thacherismus und der Wende die neuen Verwertungsbedingungen gesetzt. (flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit, Zwangsarbeit, Kapovaz, Streichungen in allen sozialen Bereichen, Steuerreform usw.)

Im Zentrum dieses Angriffs stehen weltweit die Frauen: die gentechnologische Schere setzt an den Körpern der Frauen an, der agroiundustrielle Angriff an den Reproduktionsmöglichkeiten vorallem der Frauen. Die Entwicklungsstrategen haben die Schlüsselrolle der Frauen gut erkannt: O-Ton F. v. Weizäcker: "Eine Chance hat die Entwicklung hier nur als soziale Entwicklung, in deren Mittelpunkt die Frau steht. Es gilt ihr zu helfen, daß sie schrittweise selbst etwas Einkommen erzielt, ein Konto eröffnen, Zutrauen zu den eigenen Kräften entwickeln kann.(bezüglich Bangladesh) Sie (die Bank) hat schon eine Million Kreditnehmer, darunter zwei Dittel Frauen aus dem ärmsten Teil der Bevölkerung. Die Bank hat dabei praktisch keine Ausfälle. Hilft man einem armen Mann, investiert er sein Geld , in einen Transistor und später in ein Moped... die Frau dagegen denkt an die anderen

und an die Zukunft."
Als "beste Entwicklungshelfer" im eigenen Land" stehen die Frauen in einem schwer lösbaren Dilemma. Sie können sich dem neuen imperialistischen Selektionsprogramm "Hilfe zur Selbsthilfe" kaum entziehen, wenn dadurch erstmal bessere Überlebenschancen für die Familie gegeben zu sein scheinen. Denn gerade unter den Bedingungen von Vertreibung und Zerstörung haben sie die patriarchal zugewiesene Rolle, oft als alleinige Verantwortliche, das Überleben der Familie zu sichern.
Aber ein anderes nicht weniger wichtiges Moment ist der Grund warum Frauen im derzeitigen Entwicklungspolitischen Angriff im Mittelpunkt stehen. Sie sind die "eigentlichen Trägerinnen" von Sozialrevoten und Aneignungsaktionen in den Slums. So sind beispielsweise die zahllosen Plünderungen in den Favelas von Sao Paulo, Rio de Janeiro langvorbereitete und gutorganisierte Aktionen von Frauen. So entziehen sie sich immer wieder den Entvölkerungsprogrammen der Sozialhygieniker. Trotz brutalster Zwangsmaßahmen ist das Plansoll der Geburtenreduzierung, so gut wie nirgends erreicht. Über Bildungs -und Gesundheitsprogramme, an die Kopplung der Überlebenssicherung an Verhütungs -und Zwangs sterilisation versuchen die Bevölkerungsplaner hier den Hebel an den subjektiven Bedürfnissen der Frauen anzusetzten.*
(z.B. Kredite nur für diejenigen die sich sterilisieren lassen)
Wie so oft stellen sich hier die "Linken " bewußt oder unbewußt in die Dienste imperialistischer Zurichtung und Verwertung. Sie leisten hervorragende Arbeit! Weltweit tausende von NROs (Nicht Regierungsorganisationen) schaffen die vertrauensbildenden Maßnahmen mit denen der Zugriff auf die Klasse gesichert werden soll. In nahezu allen Bereichen übernehmen sie die Pilotprojekte über die die Entwicklungsplanner und Sozialhygieniker in die inneren Strukturen der Klassenzusammenhänge vorstoßen wollen.
F.v. Weizäcker: "Für soziale Entwicklung sind private Träger unentbehrlich. Sie sind flexibel und den Menschen nahe. ... Es ist wichtig an diese Quellen (der Menschen in den Drei Kontinenten) heranzukommen, sie besser zu verstehen und zu nutzen und sich nicht auf das zu beschränken, was wir mit Hilfe verstandesmäßiger Einsicht bei den Empfängern von Entwicklungshilfe glauben erreichen zu können." BMZ Ministrer H. Klein sagt es platter: bezüglich der Entwicklungshilfe in Südafrika: .." das ist für uns kein Problem, da wo wir nicht rein kommen schicken wir die NROs .."

Aber die Umwandlung von Supermarktplünderern in Brunnenbauer, von Guerillakämpferinnen in Kleinkreditabschufftende Näherinnen, von Strom und Holzdiebinnen in Ofenbauerinnen soll ihnen nicht gelingen.
Angesichts des Arsenals des bevölkerungspolitischen Angriffs in den 80ern, das als ein gesameltes Universum der Barbarei erscheint, angesichts der Vielfalt und des Niveaus der Kämpfe der Klasse, die das Kapital auf der Suche nach Verwertungsmöglichkeiten über den Erdball treibt, ist keinerlei reformistische Vermittlung mehr möglich.

2. Wann macht eine "Sicherung" als Riegel (Einkesselung Kreuzbergs) **aus reaktionär-strategischer Sicht einen Sinn ?**
Zum Beispiel bei:
- Anti KWU-Aktion in Siemensstadt (Kreuzberg besucht die Orte, an denen die Banker wertschöpfen).
- Ikabeene-Aktion (Der Moloch vorm ICC soll künstlerisch bearbeitet und aktualisiert werden)
- letzter Aktionstag / Demo(?)

3. Wir sollten Aktionen entwickeln, die die Bullerei nötigen, eine Absperrung für unumgänglich zu halten ?
Das würde bedeuten, daß wir das Moment des Handelns übernehmen.

Unterstellt der Landvogt sperrt uns ein, sichert sich und seinesgleichen vor Kreuzberg, was dann ?

1. Wird "der Konfliktherd" Kreuzberg eingegrenzt, grenzen wir die Damen und Herren der Finsternis aus.
Wie könnte das aussehen :
Wenn uns die Herrschenden zu treffen suchen, treffen wir sie da, wo sie's fühlen : an der Knete, die sie an uns verdienen.Es ist also notwendig, im Vorfeld diese Inhalte mit den Formen zu verknüpfen, wiedererkennbar zu machen, gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen, wenn nicht stadtweit (warum nicht?),dann doch zumindest im Kiez.
Das heißt für uns, wir legen die Infrastuktur des Bezirkes lahm : keine Bewegungen von Kreuzberg nach draußen und umgekehrt, keine ArbeiterInnen zu ihren Arbeitsplätzen, kein Handel und Wandel, kurz : **Kreuzberg macht blau,** ein sogenannter "Generalstreik" (oder Admiralstreik?) wird ins Leben gerufen. Damit dies praktikabel wird, **mögliche Aktionsformen** zur Verkehrsberuhigung :
- Kreuzungsblockaden mit mobilen Fahrzeugtrupps (Reifenwechsel mitten auf'm Kotti)
- Straßenfest mitten auf der Kottbusser Brücke
- 35h/Woche für Ampelanlagen
- Ordung schaffen im Verkehrsschilderwald
- Verkehrberuhigung mit neuen Werkstoffen
- Entrümpelungsaktionen.
- Verschließen vom Kaufhaus Kaufrausch (Die Schlösser lieben UHU)
- Dergl. bei Bankens (gleiches Recht für alle Schlösser !)

Dieses sollte den KreuzbergerInnen den Anlaß geben, sich den Bänkern zu entziehen. Ausbeutung findet nicht statt, niemand da, alle krank.

2.Wie erreicht mensch "Akzeptanz"?

Im Vorfeld : Es ist den Regierenden in den Kopf gekommt, die größte kriminelle Vereinigung, die diese Welt kennt, als Höhepunkt der B-88-Feier in diese unsere Stadt zu locken. Wir lassen es uns auch weiterhin nicht gefallen, politisch mundtot gemacht zu werden.
- Vorfeldaktionen : Wir klären (z.B.mit Flugis) über "bürgerliche Rechte" bei Polizeikontrollen auf. Motto : Was machen brave BürgerInnen, wenn die böse Bullerei kontrolliert, das Auto, die Einkaufstasche, den Perso, das Portemonnais etc.etc.
Wir klären (z.B. mit Flugis) darüber auf, was mensch von der Bullerei für Bestätigungen braucht, um die Wartezeiten bei Kontrollen vom Arbeitgeber bezahlt zu bekommen.

3.Wie könnte das Ganze ausgelöst werden ?

- Lautsprecherwagen, die durch den Kiez trödeln.
- Musikgruppen auf Lastwagen, die durch den Kiez trödeln.
- Telefonketten.
- Sirenenalarm (auf'm Laster / Senatsanlagen nutzen).
- Lappen an Verkehrsschnittpunkten (U-Bahn Brücken, Brandwand bei Bolle).
- Fähnchen an Laternenmasten (ist schließlich Feiertag weil : kein Arbeitstag).
- Fantasie ist gefragt !!

Ist das alles ?

Hier sollte ein Text von Kurt kommen, der oben Genanntes ins Verhältnis zu den stadtweiten Aktionen setzt und damit die Wichtigkeit der "Kreuzberger Suppenschüssel" relativiert. Kam aber nicht, wird also sicher mündlich nachgetragen.

Kontrollieren? Uns? - Is' nich' !
Aktionsformen einschränken ? - Nicht mit uns !
Politisches Wohlverhalten zugunsten Kewenig'scher Starallüren ? - Soweit kommt's noch !

TREFFEN DER GRUPPEN
AM **7. AUGUST**
UM **17.00 UHR**
IM **ARBEITSLOSENLADEN,**
Bethaniendamm 25, 1000 Berlin 36.

Kiezgruppe IWF

Die Alternative zum 'Ghetto'-Fight

Es gehört mit Sicherheit zur Absicht von solchen polizeistrategischen Maßnahmen, die 'Szene' in Kreuzberg zu binden und sie so vom eigentlichen Geschehen – dem IWF-Kongress in der City – fernzuhalten. Hierauf hereinzufallen wäre ein großer Fehler. Um aber ganz sicher zu gehen, daß die vielfältigsten politischen Protest- und Stör-Aktionen gegen die Verlogenheit des IWF auch in der Innenstadt stattfinden können, sollten sich möglichst viele Schlafplätze in anderen Bezirken besorgen. Schließlich ist es fragwürdig, wenn sich alle mit den niedrigsten Chargen des Systems – den Bullen – prügeln und deren Auftraggeber aus Wirtschaft und Politik ungeschoren davonkommen. Gerade hier können wir den Gegner besser benennen und politisch angreifbar machen. Deshalb sollte – neben dem Widerstand gegen Repressalien in Kreuzberg selbst – diese konsequente Form der vorübergehenden Umquartierung als gleichgewichtige Möglichkeit diskutiert und von vielen wahrgenommen werden – auch um einen potentiellen 'Riegel' sozusagen von 'beiden Seiten' ad absurdum zu führen. Bei großer Beteiligung könnte auch ein spektakulärer, demonstrativer 'Exodus' ins Auge gefaßt werden. (Wie wär's mit 6 Uhr morgens – diesmal als kollektiver Hops über die zu diesem Zeitpunkt noch unsichtbare Kreuzberger Mauer – mitten im Berufsverkehr unter dem Motto: "Und die Morgenfrühe, das ist unsere Zeit...?")
Unser politischer Widerstand muß defensive und offensive Formen gleichermaßen beinhalten.

Wir lassen uns weder kontrollieren, noch in unseren Aktions-Räumen und Widerstandsformen einengen!

Kiezgruppe IWF

18.Juni 1988

Liebe Leute,

der September naht und damit auch der IWF-Kongreß in unserer Stadt.

Mensch braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was in unserer Stadt los sein wird, wenn 15.000 Banker nebst den dazugehörigen Politikern hier "zu Gast" sind. Der Innensenator Kewenig hat in letzter Zeit die Polizei ja schon fleißig üben lassen: 1.Mai-Lauseplatz, Kubat/Lenee-Dreieck, etc.,etc. Die Kriminalisierungsversuche des Senats und seines Landvogtes Kewenig schreiten weiter voran, "erklimmen schwindelnde Höhen". Kreuzberg ist dabei Brennpunkt, von allen ganz besonders in's Herz geschlossen.

Wir finden es sinnvoll, daß sich alle, die sich mit dem IWF-Kongreß und dessen Auswirkungen auf Kreuzberg auseinandersetzen, gegenseitig informieren.

Wir laden deshalb alle intressierten Gruppen, Inis, etc. ein zu einem Treffen am 7. **August** *um* **17.oo Uhr** *im* **Arbeitslosenladen, Bethaniendamm 25, 1/36.**

Um die Diskussion etwas zu erleichtern, haben wir uns einige Gedanken gemacht, sie zu Papier gebracht und stellen sie hiermit zur Verfügung.

Mit vielen und freundlichen Grüßen

Wir

(das sind Du und ich)

Wie wehrt sich Kreuzberg

1. Komplex

IWF? -- Das ist weit weg

Die Methoden des Schuldeneintreibens bei den Banken sind gleich, ob es sich um Staatsschulden handelt (IWF) oder um Privatdarlehen von Klein Erna/Fritzchen (Gerichtsvollzieher).
Laurien plant für den Herbst eine Unterrichtseinheit an den Schulen, vermutlich auf Basis der Verdummungsmaterialien des BuMi. Es ist möglich
a.: Gegenmaterial zu erstellen,
b.: dieses über die GEW oder sonstwie zur "Ergänzung" des Unterrichts den LehrerInnen zur Verfügung stellen
c.: dieses zwecks Belebung des grauen Schulalltages den SchülerInnen zur Verfügung stellen.

2. Komplex

"Im Grunewald ist Holzauktion"

Wenn die "da oben" ihre Büttel schicken, um uns zu nerven, gehen wir zu ihnen und nerven sie.
Wir blockieren einfach ihre Villenviertel und "gettoisieren" **sie** damit. Das hat auch den Vorteil, daß wir unseren Feinden direkt und nicht vermittelt über die Bullen Widerstand entgegensetzen.

3. Komplex

Wie wehrt sich Kreuzberg gegen Landvogt-Allueren

Kewenig plant Kreuzberg zum Ghetto zu erklären um damit stadtweit "Ruhe" einkehren zu lassen, die Stadt zu befrieden, alle Kräfte, die dagegen arbeiten, politisch zu isolieren.
Wir halten es für selbstverständlich, uns gegen solche, wie gegen jede andere Form von Repressionen zu wehren. Die Formen, dieses zu tun, sind aber (glücklicherweise) durchaus unterschiedlich.

Die Fragen "Was ist Ghetto?", "Wie wirkt es?" müssen noch genauer diskutiert werden.

Wir erwarten "Sicherungsmaßnahmen"

1. In welcher Form wird Kreuzberg ge"sichert"?

-Raumdeckung : Das läuft bereits, Bullen in Wannen und Zivis fliegen seit geraumer Zeit "tief", sind zuHauf im Kiez vorrätig.
- PacMan : Das ist die sichtbare flächendeckende Überwachung des Kiezes durch Postierung von Wannen an allen Kreuzungen (zu bewundern am 1.Mai 88). Jede Form der Bewegung (der Zusammenrottung) soll ausgeschaltet bzw schnell unterbunden werden.
- Riegel : Die Absperrung des Kiezes nach dem Muster des Reagan-Besuchs.
- Razzien : Gesichtskontrolle der Menschen um das vermeintliche "Störerpotential" einzuschüchtern und von "Störungen" abzuhalten, um Exempel zur Abschreckung zu statuieren. Es könnten also auch massenhafte Hausdurchsuchungen anstehen.
- Vorbeugehaft : Mensch kann getrost davon ausgehen, daß seine Daten erfaßt sind, die letzten Ereignisse dürften genügend infrastrukturelle Daten geliefert haben, um bei den Polizeistrategen den Eindruck zu hinterlassen, daß das, was dort als "Störerpotential" definiert wird, nach ASOG in Vorbeugehaft genommen werden kann.

Mehr hat die Führung ihre Polizei noch nicht üben lassen, was aber nicht bedeutet, daß ihnen nicht noch was einfällt.
All diese Maßnahmen dienen auch dazu, daß sich die Kiezbewohner mit der Rettung der eigenen Haut beschäftigen und das "Sich Wehren gegen Repression" auf ruhigere Zeiten verschieben. (Alles rennet, rettet, flüchtet... Schiller)

Waffen für El Salvador

Seit acht Jahren reden die USA von Frieden und Demokratie für Mittelamerika und führen Krieg, meinen die Zerschlagung und Zermürbung der nationalen revolutionären Volksprojekte und deren Unterwerfung unter ihren Hegemonieanspruch. Ein zweites Nicaragua soll es in ihrem „Hinterhof" nicht geben. Die Lektion, die sie allen um Befreiung kämpfenden Bewegungen erteilen wollen, lassen sie sich in El Salvador zwei Millionen Dollar täglich kosten, womit dieses Land die viertgrößte Militär- und Finanzhilfe der USA weltweit erhält. Für die Bevölkerung bedeutet diese Politik acht Jahre Krieg und Terror, 70.000 Tote, Massenexodus, Hunger und Verelendung. Doch es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die US-Strategen – wie schon in Vietnam – den Widerstand des Volkes unterschätzt haben.

Gegenüber 1980 – zum Zeitpunkt des ersten Aufrufs „Waffen für El Salvador" – haben sich die Bedingungen des Krieges jedoch geändert. Damals fehlte es der Guerilla an Waffen. Es galt, „eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Aufstand ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen". Die Volksorganisationen waren zerschlagen. Nach der gescheiterten Generaloffensive 1981 konsolidiert die FMLN ihre militärischen Kräfte, baut in den von ihr kontrollierten Zonen kollektive Strukturen auf und hält so die Perspektive revolutionärer Veränderungen wach. Die Befreiungsfront schafft die Voraussetzung, daß die Bevölkerung ihr Repressionstrauma von 1980/81 überwinden und wieder an ihre politischen Erfahrungen in den Volksorganisationen anknüpfen kann. Diese Tatsache wird ab 1983 zum entscheidenden Faktor bei der Reorganisierung der Massenbewegung.

1988 – nach acht Jahren Befreiungskampf – ist die Situation in El Salvador zugespitzt. Dies ist das Resultat einer Strategie, die den bewaffneten Kampf mit dem politischen, gewerkschaftlichen und diplomatischen Kampf effektiv zu verbinden wußte. Durch den von der FMLN systematisch ausgeweiteten Kampf haben sich in den vergangenen Jahren Guerrilla und Volksbewegung zu einem hohen militärisch-politischen Niveau entwickeln können, das beispielhaft und von großer Bedeutung für die revolutionären Kämpfe in ganz Lateinamerika ist. Die FMLN hat ein Netz aus Stadtguerrilla, Landguerrilla und Milizen über das gesamte Territorium aufgebaut. Aber nicht nur die FMLN hat mit der Ausweitung ihrer Strukturen und äußerst flexiblen Taktiken auf die US-Kriegskonzeption geantwortet, die Bevölkerung hat trotz Repression und Kriegsbedingungen begonnen, große Bereiche des politischen, sozialen und kulturellen Lebens zu organisieren.

Die Massenbewegung konnte sich nicht nur radikalisieren, sondern auch verbreitern. In den Flüchtlingslagern entwickeln sich kollektive Strukturen; Flüchtlinge setzen ihre Rücksiedlung in ihre Herkunftsdörfer durch. Die Bewohner aus den Elendsvierteln San Salvadors und die Opfer des Erdbebens vom Oktober 1986 beginnen, sich zu organisieren und gegen die Repression zu wehren. Enteignungsaktionen in Supermärkten, Lebensmittelverteilungen in Armenvierteln, Land- und Fabrikbesetzungen, Demonstrationen und Straßenaktionen, die eindeutig Sabotagecharakter haben, sind zu neuen Kampfformen geworden. Der vor zwei Jahren gegründete Gewerkschaftsdachverband UNTS mit 180 Einzelgewerkschaften und über 400.000 Mitgliedern schließt neue, breitere Bündnisse auf der Basis sozialer Plattformen, die überzeugend sind für alle von der Wirtschaftskrise Betroffenen.

Die FMLN/FDR konfrontiert die Regierung Duarte seit Jahren mit ihrer Dialogbereitschaft. Duarte antwortet mit der absurden Aufforderung, die Waffen niederzulegen und sich in den „demokratischen" Prozeß einzugliedern. Das Volk will den Dialog, aber den bedingungslosen. Es weiß sehr genau, daß die FMLN/FDR als einzige legitime Vertreterin seiner Interessen den Dialog nur aus der Position der Stärke führen kann. Das Volk will Frieden, aber nicht den von Esquipulas II. Eine gesellschaftliche Perspektive, die die Ursachen des Krieges beseitigt, ist die einzige Lösung des Konflikts. Um dieser Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen, brauchen die FMLN und das Volk Waffen.

Die US-Administration beantwortet die Forderungen des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit und nationaler Unabhängigkeit mit einem ausgeklügelten Aufstandsbekämpfungskonzept, das das Marionettenregime und seine Armee ausführen. Sie reagiert in El Salvador – wie in Guatemala, den Philippinen, Haiti und überall dort, wo Widerstand wächst – mit einer integrierten Strategie der „Kriegsführung niederer Intensität", die auf ökonomischer, politischer, militärischer und sozialer Ebene unterhalb der Schwelle des Einsatzes regulärer US-Truppen und auch unterhalb der Reizschwelle westlicher Medien interveniert. Es ist ein Konzept, das von der Unterwanderung der Gewerkschaften, der Bestechung und nötigenfalls der Ausschaltung ihrer Führer, über Pseudoagrarreformen und „Hilfsprogramme" für die Bevölkerung bis zur psychologisch-ideologischen Kriegsführung mit Hilfe der Medien geht. Die klassischen Mittel der Aufstandsbekämpfung – Bombardierung der Zivilbevölkerung, Terror und Mord – werden in El Salvador jedoch weiterhin angewendet. Die Installierung scheindemokratischer Regierungen ist ein wesentlicher Faktor dieser Aufstandsbekämpfungsstrategie. In El Salvador ist dieses Modell, das die Regierung des Christdemokraten Duarte repräsentieren sollte, gescheitert.

Die völlige Anbindung an die Interessen der USA und die Aufgabe jeglicher nationaler Souveränität, Korruption, Konkurrenzkampf, Perspektivlosigkeit und interne Spaltung der Christdemokraten sowie die Unfähigkeit Duartes, das Land aus der ökonomischen Krise zu führen und dem Volk den versprochenen Frieden zu bringen, führten zu einer weiteren Polarisierung im Land, die sich in der Niederlage der Christdemokraten bei den letzten Wahlen ausdrückt. Dieses Machtvakuum kann die FDR als Verbündete der FMLN zusammen mit der neugegründeten Convergencia Democratica besetzen und damit verhindern, daß die US-Strategen eine neue politische Mitte herstellen.

Das Scheitern des US-„Demokratisierungs"-Modells wird die USA zu einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwingen, d.h. zur Erhöhung der US-Militärhilfe, Eskalierung der Kriegstechnologie und zu verstärktem Terror gegen die Zivilbevölkerung. Für die internationale Solidarität kommt es in dieser Situation darauf an,

– die materielle und politische Unterstützung der FMLN zu verstärken,

– die Militär- und Finanzhilfe für das Regime zu blockieren,

– die politische und ökonomische Unterstützung durch die europäische Christdemokratie – an ihrer Spitze die BRD-Regierung – anzugreifen.

Das Waffenkonto ist der konsequenteste Ausdruck unserer Unterstützung der FMLN. Über 4 Millionen DM hat die Solidaritätsbewegung der BRD in acht Jahren auf das Waffenkonto gespendet. In den letzten Jahren ist diese Unterstützung politisch wie materiell zurückgegangen. Das kann nicht nur durch das Verschweigen des Waffenkontos und eine die Befreiungsbewegungen ablehnende Berichterstattung erklärt werden. Es hat nach damit zu tun, daß viele damals auch dem Sieg der Sandinisten auf einen schnellen Sieg der FMLN hofften. Sie wandten sich enttäuscht ab, als der Krieg vor allem durch die massive US-Intervention verlängert wurde und sich ein mühsamer Prozeß von Aufbau revolutionärer Strukturen und Gegenmacht entwickelte, in dem es auch zeitweise zu harten internen Auseinandersetzungen kam.

Für uns geht es aber nicht darum, von hier aus die erwünschte Gradlinigkeit und Makellosigkeit des revolutionären Prozesses in El Salvador zu überwachen, sondern dessen Dynamik zu begreifen, davon zu lernen und ihn solidarisch zu begleiten. Kontinuierliche Solidarität bedeutet für uns, die Zusammenhänge von international arbeitendem Kapital, Ausbeutung und Unterdrückung hier und in der Dritten Welt aufzuzeigen und zu bekämpfen und Instrumente wie IWF/Weltbank zur Unterwerfung der Dritten Welt unter Kapitalinteressen anzugreifen.

In El Salvador haben das Volk und die FMLN die Machtfrage gestellt. Das Konto „Waffen für El Salvador – Waffen für die FMLN" zwingt uns zur Auseinandersetzung mit dem Recht der Völker, den Kampf für nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit bewaffnet zu führen. Es ist unsere Antwort auf den Versuch der Herrschenden, internationale Klasseninteressen zu verwischen, Spaltung statt Solidarität zu fördern, uns die Form unserer Solidarität vorschreiben zu wollen. Wir wissen, daß der Sieg in El Salvador international neue Handlungsspielräume für revolutionäre Bewegungen eröffnet. Jede Schwächung des gemeinsamen Feindes – egal wo – wirkt sich international aus. Jeder Sieg eines Volkes gegen den Imperialismus ist auch unser Sieg und stärkt unsere Kraft.

El Salvador-Solidaritätsgruppen
BRD / West-Berlin

siehe auch TAZ vom 19.7.88 und INTERIM Nr.4

Volkssport

SCHADE, DASS BETON NICHT
BRENNT – DIE BETONMISCHER
DAFÜR UM SO SCHÖNER.
KUBATSTAN IST ZWAR GERÄUMT,
ABER DAS HEISST NOCH LANGE
NICHT, DASS WIR DIE ZUBETONIE-
RUNG UNSERER LEBENSRÄUME
WIDERSTANDSLOS HINNEHMEN.
KEINE WEST- ODER SONSTIGE TAN-
GENTEN – STATTDESSEN FREIES
WACHSEN, WOHNEN + FLUTEN!
DIE BETONKÖPFE IN POLITIK + WIRT-
SCHAFT AB IN DIE MISCHMASCHINEN!

UNSER OPFER WAR DIE FIRMA
LICHTNER-BETON IN SPANDAU, WO
WIR BEI 6 BETONMISCHER-LKW'S
BENZIN + ZEITZÜNDER ZU EINER BRI-
SANTEN MISCHUNG VEREINTEN.

DER BAGGERFÜHRER WILLIBALD +
DIE ASPHALTDSCHUNGELAMAZONEN

25.7.88 ★



"LAPPEN"-KRIMINALISIERUNG

Auch wer eine Wohnung sein eigen nennt oder mit dem Hausbesitzer auf gutem Fuß steht, kann an seinen Fenstern oder Balkonen nicht Spruchbänder mit abwegigen Ansichten befestigen, entschied das Berliner Kammergericht. Die Hausfassade sei nicht Eigentum des einzelnen sondern Gemeinschaftseigentum allen Wohnungseigentümer. Deshalb müsse über das Anbringen von Transparenten zumindest ein Mehrheitsbeschluß herbeigeführt werden. (Vielleicht keine schlechte Idee: Also organisiert vor dem IWF-Besuch noch eure Hausversammlungen!)

KURZBESETZUNG IN ERLANGEN

Am vergangenen Wochenende gelang es einigen GenossInnen in Erlangen, für kurze Zeit ein Haus zu besetzen, daß wegen des Ausbaus einer Kreuzung abgerissen werden soll. Eineinhalb Stunden nach der Besetzung stürmten die Bullen das Haus und nahmen 14 Leute "ohne größere Zwischenfälle" fest. Trotzdem gelang es den Bullen, den Besetzern in dem kurzen Kontakt, Hausfriedensbruch, Beleidigung, Sachbeschädigung, versuchte Gefangenenbefreiung und Widerstand anzuhängen. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung kamen alle wieder frei, behaupten die Bullen jedenfalls.

"TERRORISTEN"-SAMMELBEHÄLTER MUSS BESSER GEWARTET WERDEN!

Der Bundes-Datenschutzbeauftragte Einwag hat die regelmäßige Überprüfung der sogenannten Apis-Datei gefordert, in der Straftäter mit terroristischem oder extremistischem Hintergrund gespeichert sind. Niemand solle darin länger als eine "gewisse Zeit" gespeichert sein. Es habe in der Vergangenheit einige Pannen gegeben. Die regelmäßige Kontrolle soll gewährleisten, "daß hier nicht unter Umständen jemand mit einem Ermittlungsverfahren drinsteht, obwohl der Mann (oder vielleicht auch die Frau?) freigesprochen worden ist"(Ha-Ha!)

EHEMALIGER MINISTERIALBEAMTER ALS ATOM-GEWINNLER

Das Umweltministerium will das Bonner Industrieberatungsunternehmen IEAL Energie Consult mit der Überprüfung der Arbeiten an den Atommüll-Endlagerstätten Schacht Konrad und Gorleben beauftragen. Leiter des Unternehmens ist Wolf-Jürgen Schmidt Küster, der im Bundesforschungsministerium jahrelang für den Energiebereich zuständig war, bevor er sich selbständig machte. Diese Qualifikation gewährleistet ohne jeden Zweifel eine kompetente und unvoreingenommene Begutachtung der bisherigen Arbeiten!

BRD WIRTSCHAFT ARBEIT

STEUEREINNAHMEN GESTIEGEN

Bund und Länder haben im ersten Halbjahr 1988 deutlich höhere Steuereinnahmen verzeichnet als in den ersten sechs Monaten 1987. Die Einnahmen von Bund, Ländern Gemeinden und sogar der EG sind um etwa 5% auf ca. 208 Mrd. Mark gestiegen.

...TROTZDEM MIESE KASSE

Die Bundesregierung hat sich im ersten Halbjahr 88 deutlich höher in Kassenkrediten bei der Bundesbank verschuldet als im entsprechenden Vorjahreshalbjahr. Mit rund 21 Mrd. habe das Defizit um rund 8 Mrd. Mark über dem Betrag von 1987 gelegen. Entscheidend hierfür sei gewesen, daß der Bund im laufenden Jahr eine kleinere Gewinnabführung der Bundesbank erhalten habe. (Was machen denn die Schweine mit der ganzen Kohle?)

EINE BILLION FÜR BRD-HAUSFRAUEN!

Das Statistische Bundesamt möchte bei künftigen Berechnungen des Bruttosozialproduktes auch Faktoren wie Umweltverschmutzung, Gesundheitswesen, Tourismus und HAUSARBEIT berücksichtigen. Man stehe vor der Herausforderung, hieß es aus dem Amt, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu einem umfassenden Indikator zur Wohlfahrtsmessung weiterzuentwickeln und dabei auch neue Fragestellungen zu berücksichtigen. Die Umwelt könne man sich dabei als einen Kapitalstock vorstellen, dessen Wert ständig vermindert werde.
Die Hausarbeit soll nach den Plänen des Bundesamtes künftig mit Hilfe repräsentativer Haushaltsbefragungen erfaßt werden. Die Statistiker schätzen den Wert der Hausarbeit auf 30 bis 50% des Bruttosozialproduktes. Dies würde für das vergangene Jahr einen Wert bis zu EINER MILLION MARK entsprechen. Als mögliche Maßstäbe für die Wertbestimmung der Hausarbeit nannte das Amt die Kosten vergleichbarer Dienstleistungen wie die Zubereitung von Mahlzeiten oder Putzen auf dem freien Markt. Daneben könne der Wert derHausarbeit auch anhand der Arbeitszeit und der Abschreibungen auf benutzte Haushaltsgeräte ermittelt werden.
Für weitaus schwieriger hält die Behörde derzeit noch die Erfassung der sogenannten Untergrundwirtschaft wozu Schwarzarbeit und kriminelle Gewinntätigkeit gehören.

Eine kleine Überschlagsrechnung von uns hat ergeben, daß bei etwa 10 bis 20 Mio. (Haus-)Frauen jede Frau jährlich 50.000 bis 100.000 Mark erwirtschaftet, wobei die immateriellen Leistungen (psychologische Beteuung, Entertainment, sexuelle Dienstleistungen) wahrscheinlich noch gar nicht erfaßt sind. Das macht nicht nur den Grad der Frauen-Ausbeutung deutlich sondern auch die potentielle Verwundbarkeit des Staates. Wenn nur ein Bruchteil der Frauen diese unbezahlten, aber Mehrwertbildenden Dienstleistungen verweigern würden....

ARBEITSLOSE WERDEN FRÜHRENTNER

Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte beklagt die steigende Zahl von Erwerbsunfähigkeitsrenten aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage. Allein 1987 hätten rund 100.000 im Berufsleben stehende versicherte ArbeiterInnen und Angestellte diese Rente beantragt. Sehr viele von ihnen erhielten nur deshalb eine Erwerbsunfähigkeitsrente, weil sie aufgrund ihrer krankheitsbedingten Beeinträchtigung so gut wie keine Chance hätten, eine andere gleichwertige Beschäftigung zu finden.



SONNTAGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nach IBM erhielt jetzt auch Standard Elektrok Lorenz (SEL) vom Stuttgarter Regierungspräsidium die Genehmigung, in der Glasfaserproduktion der Stuttgarter Kabelwerke Sonntagsschichten einzurichten. Die betroffenen ArbeiterInnen sollen mindestens zwei arbeitsfreie Sonntage (in welcher Zeit?!) haben außerdem an hohen kirchlichen Feiertagen sowie am ersten Mai von der Arbeit befreit werden.

Diese Eingeständnisse sollten wohl die Zustimmung der Gewerkschaften und der Kirche ködern, verfingen jedoch nicht. Gewerkschafts- und Kirchenvertreter haben ebenso wie der Betriebsrat heftig gegen diese Entscheidung protestiert. Die IGM kündigte widerstand dagegen an. SEL hatte die Einführung der Konti-Schichten rund um die Uhr mit technischen und mit Notwendigkeiten des Wettbewerbs begründet und mit einer Produktionsverlagerung ins Ausland gedroht.

...ABER NUR, WENNS DEM KAPITAL DIENT!

Das Stuttgarter Regierungspräsidium will den "Wildwuchs" der Märkte und Börsen an Sonn- und Feiertagen beenden. Regierungspräsident Bulling schob der Kommerzialisierung des Sonntags mit einem entsprechenden Regierungserlaß an die Verwaltungsbehörden einen Riegel vor. Ausgenommen sind "historisch gewachsene und internationale Veranstaltungen. Auch Kinos, Freizeitparks etc. dürfen weiter ihre Geschäfte machen. Tauschveranstaltungen oder informative Veranstaltungen dürfen auch weiter stattfinden (als ob da niemand arbeitet).

Verboten sind in Zukunft FLOHMÄRKTE (also Geschäfte zwischen Menschen, wo weder Kapital noch Staat dabei mitverdient), denn: DAS GRUNDGESETZ SCHÜTZT SONN- UND FEIERTAGE ALS TAGE DER ARBEITSRUHE

1 MRD. FÜR "AUSSIEDLER"-WOHNUNGEN

Mit Förderung des Bundesbauministeriums sollen in den nächsten Jahres etwa 10.000 Sozialwohnungen zusätzlich entstehen, um die in die BRD immigrierenden Aussiedler aufzunehmen (das sind die Flüchtlinge aus Ostblockländern, im Gegensatz zu den Flüchtlingen aus dem Libanon, Türkei, Iran oder Sri Lanka, die "Asylanten" heißen und zurückgeschickt werden)

Jede Wohnugg soll im Durchschnitt mit 100.000 Mark gefördert werden. Wohnungsbauminister Schneider will dabei die Flüchtlinge locker über die Städte verteilen, damit es nicht so nach Ghetto aussieht. Groбe Neubauprojekte in Form spezieller Wohnsiedlungen für Aussiedler soll es nicht geben.

STEUERREFORM KAPPT SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Der Deutsche Städtetag befürchtet eine Verknappung billigen Wohnraums durch Folgen der Steuerreform, mit der 1990 auch die Wohnungsgemeinnützigkeit aufgehoben werden soll. Die ohnehin kritische Versorungssituation an Wohnungen mit tragbaren Mieten könnte sich zuspitzen, wenn der billige Wohnbestand nicht mehr den finanziell und sozial Schwachen zur Verfügung stünde. Um ein Ersatzprogramm für die "Randgruppen" rechtzeitig aufzubauen, fehlten den Gemeinden das nötige Geld.

ARBEITSLOSE VÄTER WERDEN ZUM HAUSTYRANNEN

Kinder von Alleinerziehenden (in der Regel Mütter) verkraften eine Arbeitslosigkeit ihrer Eltern besser als Kinder in Familien, in denen zwei Elternteile erziehen, von denen einer (in der Regel der Vater) arbeitslos ist. Das hat die Fachhochschule Dortmund erforscht.

Jedes vierte Kind von alleinerziehenden Arbeitslosen leidet unter Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Übelkeit oder Herz-Kreislaufstörungen. Bei Norm-Familien mit arbeitslosem Haushaltsvorstand treten die Symptomen bei mehr als der Hälfte der Kinder auf.

Die Alleinerziehenden meistern ihr Leben mit großer Courage, stellten die Forscher fest, und verzögen sich bei Arbeitslosigkeit nicht in ein Schneckenhaus.

35.000 AUF EINEN STREICH! WAA-ANHÖRUNG ABGEKÜRZT

Das WAA-Anhörungs-Spektakel wird den bayrischen Behörden offenbar zu langwierig. Kurzerhand beschlossen sie am Mittwoch, bestimmte Fragen wie z.B. die psychosomatische Belastung und die Neubewertung der Niedrigstrahlen-Risiken nicht mehr zuzulassen. Das müßten sie nach geltendem Atomrecht und Strahlenschutzverordnung nicht, meinten die Umwelt-Beamten forsch.
Das bedeutet den Ausschluß von 35.000 Einwendungen, die das Münchner Institut für Psychologie und Friedensforschung gesammelt hat. Das Umweltministerium will in Zukunft psychologische, ethische und moralische Fragen aus dem Anhörungsverfahren heraushalten. Außerdem will die DWK Einzeleinwendungen sowieso nicht mehr beantworten sondern gleich in den Akten endlagern.
Die Bürgerinitiativen erwogen gerichtliche Schritte. Die Grünen und die SPD kündigte ein "Nachspiel" vor dem bayrisbhen Landtag an.

BAYRISCHE VORBEUGEHAFT-REGELUNG GEGEN WAA-WIDERSTAND?

"Unverhältnismäßig" finden verschiedene Landes- und Bundpolitiker die Ankündigung der bayrischen Regierung, zur Verhinderung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten Personen bis zu 14 Tagen in polizeilischem Gewahrsam (scheußliches Wort) halten zu können.
Eine zweiwöchige "Vorsorgehaft" (noch schlimmer) sei mit der Bewertung einer Ordnungswidrigkeit nicht in Einklang zu bringen, meint FDP-Präsidiumsmitglied Brunner. Auch der Sprecher des Justizministeriums (Bund) meldet Bedenken an. Der Ehrenvorsitzende des Republikanischen AnwältInnenvereins, Holtfort, meint, die Grenze der Verhältnismäßigkeit wird überschritten um den politischen Widerstand gegen Wackersdorf zu treffen.
Der bayrische Innenminister Lang verteidigt sich mit dem Hinweis, auch in Baden-Württemberg gelte die 14-Tage-Regelung für das ASOG-Gesetz. In Bremen und Hamburg seien der Vorbeugehaft überhaupt keine zeitlichen Grenzen gesetzt. Der Bremer Rechtsanwalt und Vorsitzende des Strafrechtsausschusses des Deutschen Anwaltsvereins, Bandisch, findet das aber richtiger, denn "Fristen haben immer zwei Funktionen. Sie begrenzen und sie erwecken den Anschein, daß ein Bewegen innerhalb der Grenzen unbedenklich sei".

BAYRISCHER VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT DKP SCHWER GEFÄHRLICH ! AUTONOME NICHT SO SEHR

Dem bayrischen Verfassungsschutz-Bericht zufolge könnte die DKP großen Zulauf erhalten, wenn sie auf den Reformkurs der Moskauer Regierung einschwenkt. So könnten sie Anhäger und Wähler finden, die mit ihrem bisherigen dogmatischen Kurs nicht einverstanden waren, meint Innenminister Lang. Die politisch motivierten Gewalttaten seien im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Besonders auffällig sei die Beruhigung am Baugelände der WAA. Lang wertete diese Entwicklung als das Ergebnis eines Meinungs- und Stimmungswandels bei den Autonomen. Bei ihnen habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Zeit der großen Feldschlachten vorbei sei und daß eine "Massenmilitanz" großer Bevölkerungskreise nicht entwickelt werden konnte. Die autonomen Gruppen legten ihren Schwerpunkt daher verstärkt auf "direkte Aktionen".
Daß die RAF sich zur Zeit überhaupt nicht muckt, kann sich Lang nur damit erklären, daß die in ihren Schlupflöchern sitzen und neue Schandtaten gegen die Autorität des Staates aushecken.

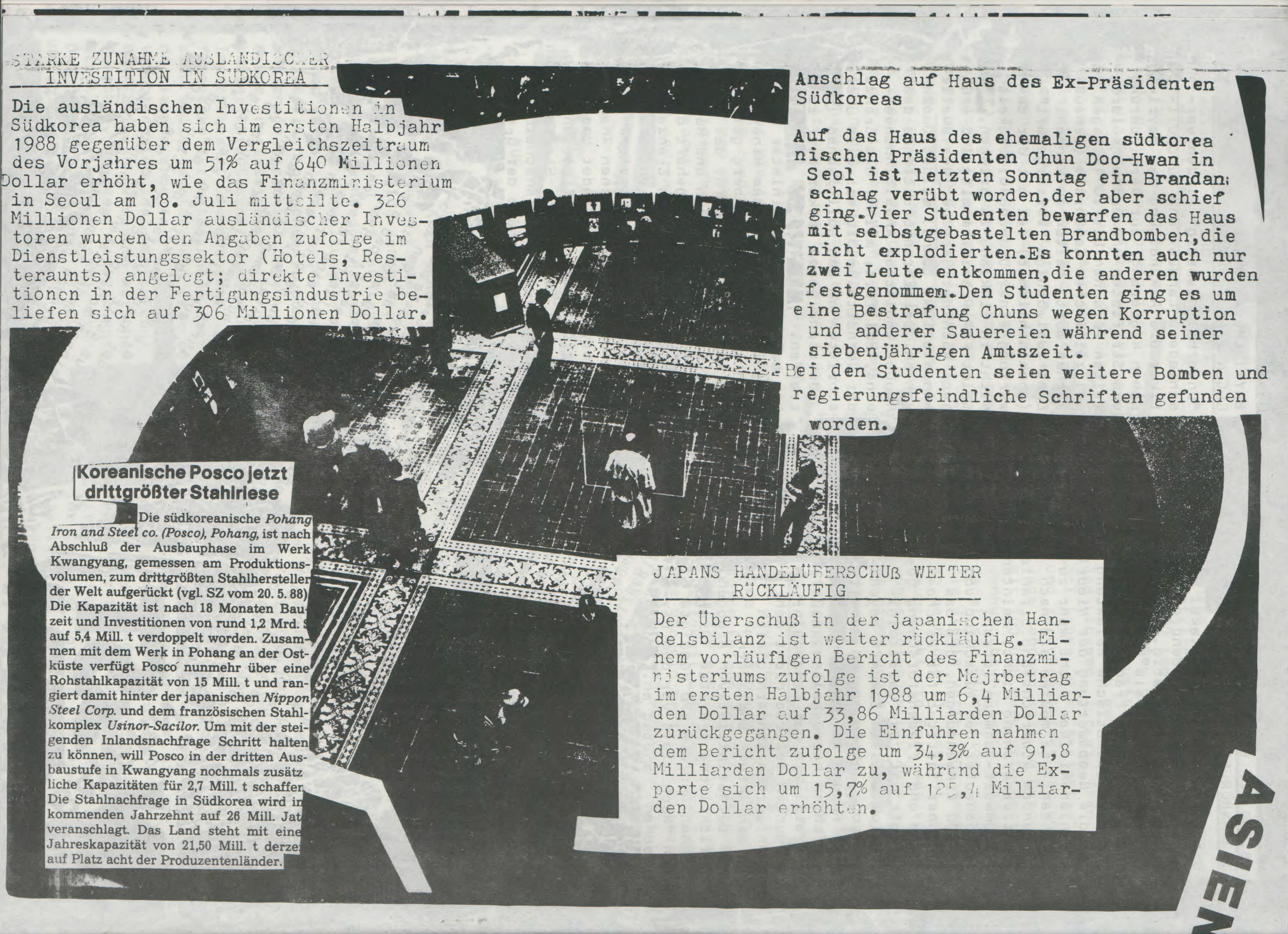
ANGST BAYERN

STARKE ZUNAHME AUSLÄNDISCHER INVESTITION IN SÜDKOREA

Die ausländischen Investitionen in Südkorea haben sich im ersten Halbjahr 1988 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 51% auf 640 Millionen Dollar erhöht, wie das Finanzministerium in Seoul am 18. Juli mitteilte. 326 Millionen Dollar ausländischer Investoren wurden den Angaben zufolge im Dienstleistungssektor (Hotels, Resteraunts) angelegt; direkte Investitionen in der Fertigungsindustrie beliefen sich auf 306 Millionen Dollar.

Anschlag auf Haus des Ex-Präsidenten Südkoreas

Auf das Haus des ehemaligen südkoreanischen Präsidenten Chun Doo-Hwan in Seol ist letzten Sonntag ein Brandanschlag verübt worden, der aber schief ging. Vier Studenten bewarfen das Haus mit selbstgebastelten Brandbomben, die nicht explodierten. Es konnten auch nur zwei Leute entkommen, die anderen wurden festgenommen. Den Studenten ging es um eine Bestrafung Chuns wegen Korruption und anderer Sauereien während seiner siebenjährigen Amtszeit.
Bei den Studenten seien weitere Bomben und regierungsfeindliche Schriften gefunden worden.



Koreanische Posco jetzt drittgrößter Stahlriese

Die südkoreanische *Pohang Iron and Steel co. (Posco), Pohang,* ist nach Abschluß der Ausbauphase im Werk Kwangyang, gemessen am Produktionsvolumen, zum drittgrößten Stahlhersteller der Welt aufgerückt (vgl. SZ vom 20. 5. 88) Die Kapazität ist nach 18 Monaten Bauzeit und Investitionen von rund 1,2 Mrd. $ auf 5,4 Mill. t verdoppelt worden. Zusammen mit dem Werk in Pohang an der Ostküste verfügt Posco nunmehr über eine Rohstahlkapazität von 15 Mill. t und rangiert damit hinter der japanischen *Nippon Steel Corp.* und dem französischen Stahlkomplex *Usinor-Sacilor.* Um mit der steigenden Inlandsnachfrage Schritt halten zu können, will Posco in der dritten Ausbaustufe in Kwangyang nochmals zusätzliche Kapazitäten für 2,7 Mill. t schaffen. Die Stahlnachfrage in Südkorea wird im kommenden Jahrzehnt auf 26 Mill. Jato veranschlagt. Das Land steht mit einer Jahreskapazität von 21,50 Mill. t derzeit auf Platz acht der Produzentenländer.

JAPANS HANDELÜBERSCHUß WEITER RÜCKLÄUFIG

Der Überschuß in der japanischen Handelsbilanz ist weiter rückläufig. Einem vorläufigen Bericht des Finanzministeriums zufolge ist der Mejrbetrag im ersten Halbjahr 1988 um 6,4 Milliarden Dollar auf 33,86 Milliarden Dollar zurückgegangen. Die Einfuhren nahmen dem Bericht zufolge um 34,3% auf 91,8 Milliarden Dollar zu, während die Exporte sich um 15,7% auf 125,4 Milliarden Dollar erhöhten.

PHILIPPINEN

USA muß mehr Geld für Stützpunkte auf den Philippinen abdrücken

Nacheinem nur noch bis 1990 gültigen Abkommen unterhalten die USA auf den Philippinen zwei große Stützpunkte für ihre Luftwaffe und die Marine sowie mehrere kleine Kasernen.Die Verhandlungen über die Verlängerungen wurden diese Woche von der philippinischen Regierung abgebrochen,weil das finanzielle Angebot der Amis weit unter der geforderten Summe gelegen hätte. Die Regierung in Manila habe I,2 Mia Dollar gefordert statt bisher I80 Mio für die Nutzung.



phillipinischer Widerstand

In dieser Woche sind ein Feldwebel der amerik. Luftwaffe beim Joggen erschossenworden,der zweite Sekretär der belgischen Botschaft angeschossen(und seine Begleiterin erschossen),sowie ein US-Feldwebel samt seinen zwei Schäferhunden um's Eck gebracht worden.
Seit Jahresbeginn wurden in dem Raum um den US-Luftwaffenstützpunkt fast 40 politisch motivierte Morde verübt,gestand die phillipinische Polizei zu.Bei der Attakeauf den Belgier sind die Motive noch unklar.,
Es konnte bei allen drei Aktionen keine/r der AktivistInnen gefaßt werden.

Verfolgung Linker bei Aquino schlimmer als unter Marcos

Anläßlich ihres Berichtes zur Lage der Nation,warf die Nationale Demokratische Front Aquino vor,daß das Land weiterhin in einer tiefen Krise stecke,die wirtschaftl. Lage sich nicht verbessert habe und die pol. und sozialen Gegensätze sich noch verschärft haben.Ein Grund für die Lage sei sicher,daß dei Einmischung der USA in die Angelegenheiten der Philippinen,
Die Armen könnten nicht mit schönen Worten davon überzeugt werden,daß sich die Verhältnisse seit dem Sturz des Diktators Marcos gebessert hätten. Was den Staatsterrorismus ,die Verfolgung Linker Gegner der Regierung, angehe,sei die Lage heute sogar noch schlimmer als zu Marcos' Zeiten.

Bericht zur Lage der Philippinen

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino hofft auf den Niedergang der kom. Aufstandsbewegung in ihrem Land.In einem Bericht zur Lage der Nation sagte sie ,es seien im vergangenen Jahr ca. 2000 Guerilleros getötet und mehrere Führer gefangen worden.Der Feldzug gegen die "Neue Volksarmee" werde fortgesetzt,bis diese die Waffen niederlege.In der gleichen Rede sagte sie aber auch,daß die Guerilleros an Friedensgesprächen nicht interessiert seien,obwohl sie ihnen die Türe offenhalte!Zu dem Apell der phil. Bischhofskonferenz,nicht weiter auf einem förmlichen Ersuch der Bewegung als Vorbedingungen für neue Gespräche zu bestehen.Verhandlungen waren im Januar 87 abgebrochen worden.
Zur gleichen Zeit demonstrierten in der Innenstadt rund 3000 Menschen und hielten der Regierung vor,daß sie ihre Versprechen einer Landreform und der sozialen Gerechtigkeit nicht gehalten habe.
Die "Neue Volksarmee" ließ erklären, die wirkliche Lage der Nation werde von jeder hungrigen Familie erlebt.



RGW

POLEN SCHULDET UM

Die polnische Regierung und Vertreter von 600 kapitalistischen Banken haben sich auf eine Umsculdung von 9 Milliarden Dollar der Insgesamt 39 Milliarden Dollar betragenden Auslandsverbindlichkeiten des Landes geeinigt. Wie die amtliche Nachrichtenagentur PAP am 21. Juli in Warschau berichtete, sieht die am 20. Juli in London vom stellvertretenden Finanzminister Andrzej Borosz unterzeichnete Vereinbarung vor, den Zinsatz um o,9 Prozentpunkte zu senken, was den Schuldendienst jährlich um 70 bis 80 Millionen Dollar erleichtert. Die Tilgungszahlungen wurden einen Zeitraum von 15 Jahren ausgedehnt.

Polen ist das am höchsten im Ausland verschuldete Land des RGWs. Obwohl der Staat seit Anfang der 80er Jahre keine bedeutenden Kredite mehr aufgenommen hat, ist die Schuldenlast wieter gewachsen, da das Land nicht in der Lage war, mit den Zinszahlungen Schritt zu halten.

SOWJETISCHE D-MARK-ANLEIHE IST DA!

Die UdSSR wird noch in dieser Woche mit ihrer ersten DM-Anleihe in einer Größenordnung von 500 Millionen DM auf den BRD Markt kommen. Das berichtete am 26. Juli die amtliche Nachrichtenagentur TASS. Die Laufzeit betrage 7 Jahre, die jährliche Verzinsung 6 3/8%, hieß es in der Meldung. Mit dem Geld soll der sowjetische Außenhanel gestützt werden. Die Schuldenaufnahme ist die zweite der UdSSR auf dem Eurokapitalmarkt nach einer im Januar begebenen Anleihe zu 100 Millionen Schweizer Franken. TASS zitierte den stellvertretenden Leiter der sowjetischen Staatsbank, Gostew, mit den Worten, die Kapitalanleihe sei Ausdruck der sowjetischen Bereitschaft, zur Kapitalbeschaffung ins Ausland zu gehen.

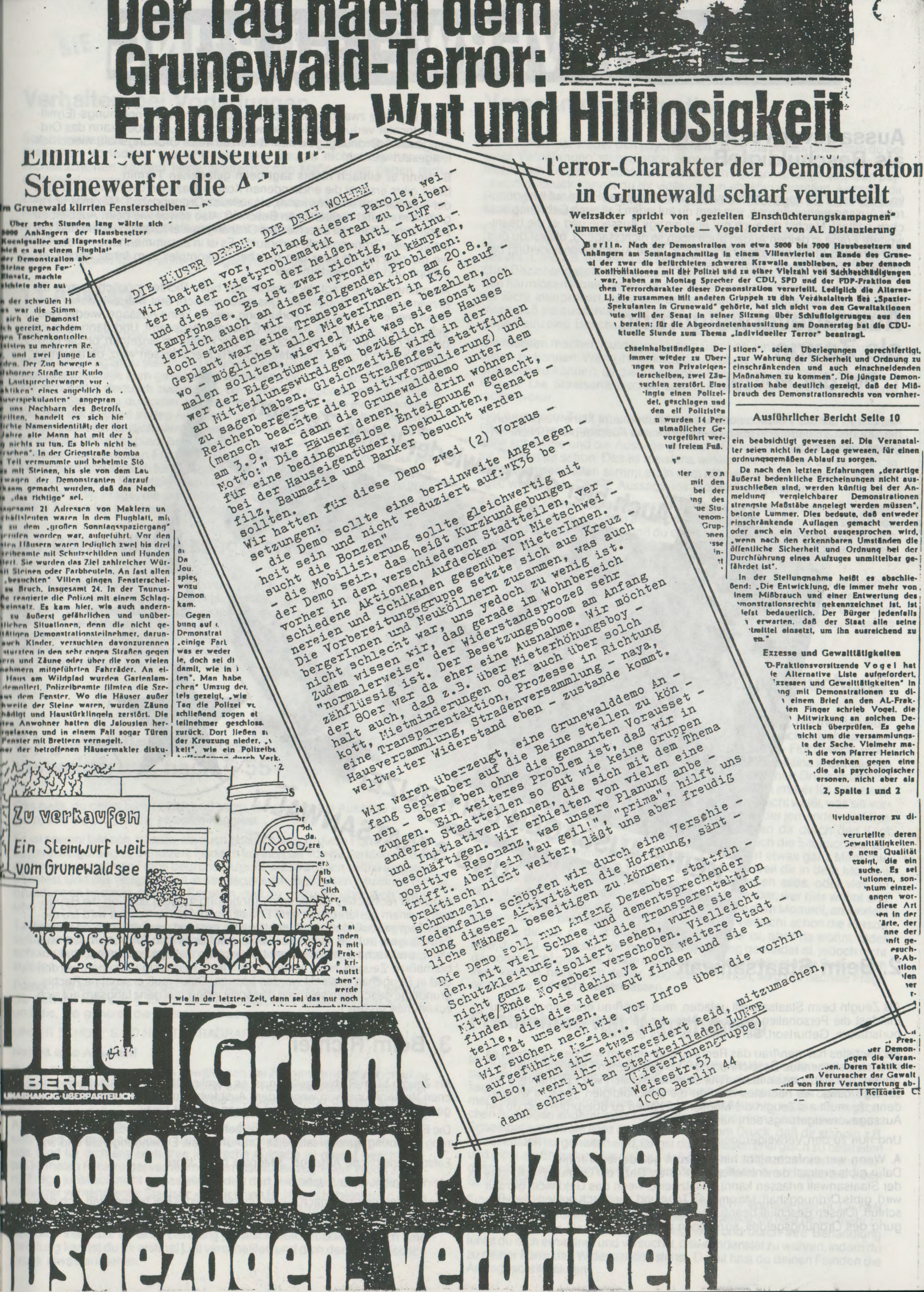
Den Informationen zufolge soll die Dresdener Bank die Konsortialführung der Anleiheausgabe übernehmen. Daneben sind acuh die Commerzbank, die Deutsche Bank und die Westdeutsche Landesbank Girozentrale beteilig

BUMMELSTREIK VON FLUGLOTSEN IN JUGOSLAWIEN

Auf den Flughafen von Zagreb und Belgrad ist derzeit ein Bummelstreik der Fluglotsen im Gange, der sich sowohl auf Inlands- als auch auf die Auslandsflüge auswirkt. Die Fluglostsen in Zagreb arbeiten seit 21. Juli nach Vorschrift. Ihre Belgrader GenossenInnen haben sich am 22. Juli der Aktion angeschlossen. Die Fluglotsen verlangen höhere Löhne. Ein Mitarbeiter der Flugsicherung erklärte in einem Gespräch mit INTERIM, durch den Streik komme es im Inlandsverkehr zu Verspätungen, seine GenossenInnen und er verhinderten aber auch, daß Maschinen ausländischer Fluglinien zwecks Abkürzung über Jugoslawien flögen.

Venezuela bringt Schiff mit sowjetischen Waffen auf

Die Behörden Venezuelas haben ein polnisches Schiff an die Kette gelegt, das sowjetische Waffen nach Peru transportieren sollte. Die Waffenladung ist beschlagnahmt worden. Venezuelas Präsident Jaime Lusinchi erklärte, die Waffen seien illegal in venezolanischen Hoheitsgewässern transportiert worden und gingen in den Besitz des Staates über. Die *Kuznica* war am vergangenen Freitag vor der venezolanischen Halbinsel Paraguana aufgebracht und zum Einlaufen in den Hafen Guaranao rund 450 Kilometer westlich von Caracas gezwungen worden. Das Schiff kam aus Nigeria. In Lima erklärte unterdessen der peruanische Außenminister Luis Gonzales Posada, das polnische Schiff sei mit Waffen für die Polizei Perus unterwegs. Es handele sich um einen „ganz normalen Kauf". Die *Kuznica* habe vor allem automatische Gewehre und Munition transportiert.



Der Tag nach dem Grunewald-Terror: Empörung, Wut und Hilflosigkeit

Terror-Charakter der Demonstration in Grunewald scharf verurteilt

Weizsäcker spricht von „gezielten Einschüchterungskampagnen"

Steinewerfer die A…

DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN

Wir hatten vor, entlang dieser Parole, weiter an der Mietproblematik dran zu bleiben und dies noch vor der heißen Anti - IWF - Kampfphase. Es ist zwar richtig, kontinuierlich auch an dieser "Front" zu kämpfen, doch standen wir vor folgenden Problemen: Geplant war eine Transparentaktion am 20.8., wo - möglichst alle MieterInnen in K36 draufmalen sollten, wieviel Miete sie bezahlen, wer der Eigentümer ist und was sie sonst noch an Mitteilungswürdigem bezüglich des Hauses zu sagen haben. Gleichzeitig wird in der Reichenbergerstr. ein Straßenfest stattfinden (mensch beachte die Positivformulierung) und am 3.9. war dann die Grunewalddemo unter dem Motto:" Die Häuser denen, die drin wohnen - für eine bedingungslose Enteignung" gedacht, bei der Hauseigentümer, Spekulanten, Senatsfilz, Baumafia und Banker besucht werden sollten.

Wir hatten für diese Demo zwei (2) Voraussetzungen:

- die Demo sollte eine berlinweite Angelegenheit sein und nicht reduziert auf:"K36 besucht die Bonzen"
- die Mobilisierung sollte gleichwertig mit der Demo sein, das heißt Kurzkundgebungen vorher in den verschiedenen Stadtteilen, verschiedene Aktionen, Aufdecken von Mietschweinereien und Schikanen gegenüber MieterInnen.

Die Vorbereitungsgruppe setzte sich aus KreuzbergerInnen und Neuköllnern zusammen, was auch nicht schlecht war, uns yedoch zu wenig ist. Zudem wissen wir, daß gerade im Wohnbereich "normalerweise" der Widerstandsprozeß sehr zähflüssig ist. Der Besetzungsbooom am Anfang der 80er war da eher eine Ausnahme. Wir möchten halt auch, daß z.B. über Mieterhöhungsboykott, Mietminderungen oder auch über solch eine Transparentaktion, Prozesse in Richtung Hausversammlung, Straßenversammlung - naya, weltweiter Widerstand eben - zustande kommt.

Wir waren überzeugt, eine Grunewalddemo Anfang September auf die Beine stellen zu können - aber eben ohne die genannten Voraussetzungen. Ein weiteres Problem ist, daß wir in anderen Stadtteilen so gut wie keine Gruppen und Initiativen kennen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Wir erhielten von vielen eine positive Resonanz, was unsere Planung anbetrifft. Aber ein "au geil!", "prima", hilft uns praktisch nicht weiter, läßt uns aber freudig schmunzeln.

Yedenfalls schöpfen wir durch eine Verschiebung dieser Aktivitäten die Hoffnung, sämtliche Mängel beseitigen zu können.

Die Demo soll nun Anfang Dezember stattfinden, mit viel Schnee und dementsprechender Schutzkleidung. Da wir die Transparentaktion nicht ganz so isoliert sehen, wurde sie auf Mitte/Ende November verschoben. Vielleicht finden sich bis dahin ya noch weitere Stadtteile, die die Ideen gut finden und sie in die Tat umsetzen.

Wir suchen nach wie vor Infos über die vorhin aufgeführte Mafia...

also, wenn ihr etwas wißt wenn ihr interessiert seid, mitzumachen, dann schreibt an Stadtteilladen LUNTE
(MieterInnengruppe)
Weisestr. 53
1000 Berlin 44

BZ BERLIN UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

Chaoten fingen Polizisten, ausgezogen, verprügelt

AUSSAGEVERWEIGERUNG

Aussageverweigerung als BeschuldigteR

Im Gegensatz zur ZeugIn hast du als Beschuldigte das Recht auf eine generelle Aussageverweigerung, von dem du auf jeden Fall auch Gebrauch machen solltest. Machst du auch nur eine einzige Aussage und ist die beantwortete Frage in deinen Augen auch noch so nichtssagend, öffnest du den Richtern und Staatsanwälten Tür und Tor, deine Aussageverweigerung bei anderen Fragen gegen dich zu verwenden.

Aussageverweigerung als Zeuge

1. Bei der Polizei

Als Zeuge bei der Polizei geladen, besteht überhaupt keine Verpflichtung hinzugehen. Insofern also auch überhaupt keine Aussagepflicht: Nicht hingehen, nichts sagen!!!



2. Beim Staatsanwalt

Als ZeugIn beim Staatsanwalt geladen, muß man/frau erscheinen und zumindest die Personalien angeben: Also wie gehabt, Name, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Beruf und das wars erstmal!

Als nächstes hat man/frau das Recht zu erfahren, um welches Verfahren es sich handelt (genaue Bezeichnung der vorgeworfenen Tatbestände im einzelnen: nicht abspeisen lassen mit Sammelbegriffen wie z.B. mehrere Anschläge usw.). Als nächstes müssen die Beschuldigten genannt werden, denn du mußt als ZeugIn die Möglichkeit haben zu überprüfen, ob du ein Aussageverweigerungsrecht hast.

Und nun zu den Verweigerungen:

A. Wenn wer einfach nicht hingeht zum geladenen Termin
Dafür gibts erstmal die entstehenden Kosten. Dazu ein Ordnungsgeld (das der Staatsanwalt erlassen kann). Ersatzweise, wenn das Geld nicht gezahlt wird, gibts Ordnungshaft: Maximal 42 Tage und nur durch richterlichen Beschluß. (Diesen Beschluß beantragt der Staatsanwalt gleich mit der Verhängung des Ordnungsgeldes, sozusagen präventiv).

Dann kann die zwangsweise Vorführung vor einem Vernehmungs-(Ermittlungs-)richter verfügt werden. Bei wiederholtem Ausbleiben kann das Ordnungsmittel (Ordnungsgeld bzw. die ersatzweise Ordnungshaft) wiederholt festgesetzt werden.

B. Wenn er einfach nichts sagt beim geladenen Termin
Dafür gibts erstmal die entstandenen Kosten. Dazu ein Ordnungsgeld (das der Staatsanwalt erlassen kann), ersatzweise Ordnungshaft: Maximal 42 Tage und nur durch richterlichen Beschluß. Also soweit wie beim Ausbleiben zum Termin. Damit ist aber hier das Ordnungsmittel (Ordnungsgeld bzw. die ersatzweise Ordnungshaft) verbraucht. Es ist in Zusammenhang mit der Tat, die die gleiche Tat oder den gleichen Tatkomplex zum Inhalt haben, erschöpft und nicht wiederholbar.

Als nächstes beantragt der Staatsanwalt beim Richter möglicherweise die Erzwingungshaft (Beugehaft). Das wird vielleicht erst mal ein Monat sein. Dann wieder Ladung oder Vorführung, wieder keine Aussage, wieder Beugehaft usw. und das bis maximal 6 Monate insgesamt. Und dann ist auch dieses Erzwingungsmittel verbraucht. Der Ablauf im einzelnen, ob die Beugehaft z.B. im Beschlußverfahren vom Richter erlassen wird, ob frau/man dazu erst rechtliches Gehör erhält (Anhörungsbogen) oder ob die Beugehaft in einem Verfahren vor dem Ermittlungsrichter verhandelt wird (zu diesem Termin muß dann erst rechtskräftig geladen werden), das sind alles Einzelfragen, auf die es zur Zeit keine erschöpfenden Antworten gibt, weil wenig praktische Erfahrung damit vorliegt. Es steht jedenfalls fest, daß unbotmäßige Zeugen nicht einfach vom Fleck weg festgenommen werden und in Beugehaft gesteckt werden können: Dafür muß erstmal ne Rechtsgrundlage geschaffen sein, und das sollte jede/r mal ganz langsam auf sich zukommen lassen.

3. Beim Richter

Als ZeugIn beim Richter geladen, ist es ziemlich ähnlich der staatsanwaltlichen Vernehmung, von wegen dem Ausbleiben oder der Aussageverweigerung und den entsprechenden Folgen. Kommt hinzu:

Die Eidesverweigerung wird genauso behandelt wie die Aussageverweigerung (Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft, Erzwingungshaft und so).

Falsche uneidliche Aussage: 3 Monate bis 5 Jahre

Meineid: nicht unter 1 Jahr

Von daher ergibt sich nach kurzer überschlägiger Rechnung, daß sich das sowieso nicht lohnt und man/frau besser bei der totalen Aussageverweigerung bleibt.

SIE WOLLEN NUR UNSER BESTES – ABER DAS KRIEGEN SIE NICHT

Verhalten bei Vorladungen

Es gibt polizeiliche, staatsanwaltliche und gerichtliche Vorladungen. Zur polizeilichen Vorladung braucht auch eine ZeugIn nicht zu gehen. Bei Nichterscheinen können keine strafrechtlichen Maßnahmen gegen dich eingeleitet werden.

Zur staatsanwaltlichen oder gerichtlichen Vorladung bist du verpflichtet hinzugehen. Bei Nichterscheinen ist ein Vorführtermin möglich, d.h. du wirst mit schriftlicher Verfügung zu Hause abgeholt und zum Vernehmungsort gebracht.

Es gibt 3 gesetzlich verankerte Möglichkeiten, die eine ZeugIn hat:

1.) Aussage

Das Problematischste bei Aussagen, und das ist gleichzeitig ein Ziel von Vernehmungen, ist, daß du dich – auch durch die Taktik der Staatsanwaltschaft Fangfragen zu stellen – in Widersprüche verwickelst, bei denen du ihnen Ansatzpunkte zum genaueren Nachhaken gibst. Zum anderen puzzlen sie sich Bilder dadurch zusammen, bei welchen Fragen du plötzlich nichts mehr sagst, wenn du vorher Aussagen gemacht hast. Also ein Zusammenpuzzlen der Lücken in den Aussagen zu einem Bild. Zum dritten stellen sie Fragen, die sich für dich harmlos anhören, von denen du denkst, daß du diese Fragen ohne Problem beantworten kannst. Bullen und Justiz stellen jedoch keine harmlosen Fragen, sie haben nur ein Ziel, die Antwort auf jede Frage (und hört sie sich für dich noch zu harmlos an) gegen dich oder andere zu verwenden. Sie haben kein Interesse daran, irgendjemanden zu entlasten, bei jeder Frage, die sie stellen, verfolgen sie einzig und allein das Ziel, deine Antworten zur Untermauerung ihrer Anschuldigungen zu verwenden.

2.) generelle Aussageverweigerung

Das heißt, du gehst zum Termin und erklärst, zu dem gesamten Ermittlungskomplex keine Aussagen zu machen. Juristisch gesehen, hast du das Recht auf eine generelle Aussageverweigerung, wenn du mit der Beschuldigten verwandt, verschwägert, verheiratet, verlobt, getrenntlebend oder geschieden bist. Ist dies nicht der Fall und du verweigerst trotzdem die Aussage, kann die Staatsanwaltschaft oder das Gericht dir entweder ein Ordnungsgeld aufbrummen, die Beugehaft androhen oder dich in Beugehaft nehmen.

3.) generelle Aussageverweigerung nach § 55

Das heißt, du gehst zum Termin und sagst, du würdest die Aussage verweigern, weil du dich selbst belasten könntest.

Es ist sowohl faktisch, taktisch als auch politisch falsch, diese Form der Aussageverweigerung zu benutzen. Faktisch können sie von dir verlangen, daß du bei jeder einzelnen Frage begründen mußt, wieso du dich selbst belasten könntest. Und das verlangen sie in der Regel auch. Bei diesen einzelnen Begründungen kommst du in die Situation, daß du vielzuviel über dich selbst und die Leute, mit denen du zu tun hast, aussagst.

Taktisch ist es aus dem Grund unklug, da du durch diese Begründung quasi selbst dem Justizapparat die Möglichkeit in die Hand gibst, dich zu einer Beschuldigten zu machen, also auch gegen dich ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Politisch ist es falsch, weil die ZeugInnen in diejenigen gespalten werden, die sich mit Hilfe des § 55 aus ihrer Aussagepflicht herauswinden können und die, die generell die Aussage verweigern müssen oder wollen:

UNSER SCHUTZ SIND NICHT PARAGRAPHEN, SONDERN SOLIDARITÄT!

Nehmt eine Anwältin!

Zu der Frage der Funktion von AnwältInnen bei Zeugenvernehmungen ist zu sagen, daß sie lediglich die Funktion eines Rechtsbeistandes haben. Für dich selbst haben sie natürlich noch die wichtige Funktion, daß du dich nicht alleine fühlst, daß sie dich psychisch unterstüzen können, alleine durch ihre Anwesenheit. Rechtsbeistand bedeutet, daß sie nicht inhaltlich in die Vernehmung eingreifen können. Sie können z.B. nicht – wie bei einem Prozeß – das Wort für dich ergreifen. Ihre juristische Aufgabe ist darauf beschränkt, bei formalen Fehlern der vernehmenden Instanz einzugreifen. Wenn z.B. eine Frage juristisch nicht so gestellt werden darf, wie sie gestellt wurde, oder wenn der vernehmende Staatsanwalt dir keine Rechtsmittelbelehrung erteilt hat. Desweiteren hast du das Recht, dich mit deiner Anwältin über die gerade gestellte Frage in einem Nebenzimmer zu beraten. Sie hat die Möglichkeit, dein Interesse an einer Beratung juristisch durchzuboxen. Durch eine Beratung kannst du dir erstmal Luft verschaffen und dich dem psychischen Druck etwas entziehen.

Vernehmungssituation

Wir können hier weder den psychischen Druck darstellen, unter dem du bei einer Vernehmung stehst, noch können wir den gesamten Komplex der möglichen Fragen einschätzen, der je nach Person variieren wird. Den psychischen Druck kannst du dir vielleicht am ehesten vorstellen, wenn du dir Prüfungssituationen vergegenwärtigst und dir überlegst, wie du in solchen Momenten reagierst.

Es werden eine Reihe von Fragen gestellt werden, die sich für viele im ersten Moment noch ganz harmlos anhören. Fragen, die den Alltag jeder ZeugIn betreffen, wie z.B. mit wem sie selbst guten Kontakt hat, wer mit wem in welcher Beziehung steht usw. Jedoch wird letzten Endes keine einzige Frage einen harmlosen Inhalt haben, da die Staatsanwaltschaft deine Antwort aus ihrer Sicht interpretiert, nicht aus deiner. Vergegenwärtigt euch in dem Moment, daß sie ausschließlich Fragen stellen, die sie als belastendes Material gegen einzelne Beschuldigte verwenden wollen und sollen.

Die meisten machen Aussagen in dem Glauben, einzelne Beschuldigte entlasten zu können. Wenn ihr wirklich davon überzeugt seid, irgendjemanden entlasten zu können, ist die Staatsanwaltschaft nicht der Ort für diese Information. Die Staatsanwaltschaft sammelt belastendes Material und sonst nichts weiter.

Der gemeinste Trick sowohl in Bezug auf ZeugInnen als auch in Bezug auf Beschuldigte ist natürlich der, wenn sie vorgeben, irgendjemand anderes hätte schon die und die Aussage gemacht. Du könntest es ruhig bestätigen, sie wüßten es schon. Das ist meistens wirklich nichts weiter als ein Trick, in den seltensten Fällen stimmt es. In dem Moment wo du die Aussage bestätigst, wird es als DEINE Aussage ins Protokoll aufgenommen.

Außerdem solltest du auf keinen Fall alleine zu einer Vernehmung gehen, sondern mit einer Anwältin als Rechtsbeistand gemeinsam. Abgesehen von der psychischen Situation, daß du dort dann nicht alleine sitzt, sondern noch eine Person deines Vertrauens, wird auch die Staatsanwaltschaft anders reagieren, wenn eine JuristIn anwesend ist.

Bei offiziellen Vorladungen sind die Fragen zielgerichteter und stringenter durchorganisiert – nicht nur du hast dich genauer vorbereitet, sondern auch die Bullen und die Staatsanwaltschaft. Bei Fragesituationen, in denen sie dich überraschen, verfolgen sie mehrere Ziele, von denen wir hier nur einige nennen können:

Die Situation einer Hausdurchsuchung

Ein großes Aufgebot von Bullen stürmt in deine Wohnung. Die meisten wühlen in den Zimmern. Wenige stehen in den Ecken rum, gucken sich das ganze an, sichern Treppen und sonstige – in ihren Augen – Fluchtwege. Plötzlich sagt einer zu dir: »Sagen Sie mal, wohnen Sie etwa alleine in der ganzen Wohnung?« Du stehst unter einem enormen psychischen Druck durch die Situation. Erstens sorgt eine größere Anzahl von Bullen immer für eine ziemliche Anspannung, zweitens bist du unsicher, weil du nicht weißt, was sie vorhaben. Du machst dir Gedanken, ob sie dich selbst oder jemanden anderes zum Schluß mitnehmen. Tausend Gedanken kreisen dir durch den Kopf und diese lapidar gestellte Frage hebt für dich plötzlich die Situation auf, die du vielleicht als ohnmächtig empfindest. Es passiert etwas ganz Menschliches, nämlich der Versuch eines Gesprächs. Und weil dir in dem Moment vielleicht durch den Kopf schießt, ach die wissen eh alles, oder weil du denkst, auf dem Einwohnermeldeamt ist eh nachlesbar, wer hier wohnt und wer nicht oder weil du vielleicht gar nichts denkst in dem Moment, antwortest du spontan auf die Frage und hast in der Hektik vielleicht schon die Person genannt, die gar nicht in der Wohnung gemeldet ist, aber da wohnt. Oder aber du hast die Person, die zwar in der Wohnung gemeldet ist, jedoch nicht da wohnt, nicht genannt. Beide Möglichkeiten interpretieren die Bullen nach ihrer Version, nicht nach deiner. Abgesehen davon, wird die nächste Frage nicht lange auf sich warten lassen.

Festnahme mit Vernehmung

Im Anschluß an eine Hausdurchsuchung oder von der Straße weg nehmen dich die Bullen fest. Sie wollen dich vernehmen, du hast fest vor, keine Aussage zu machen. Im Laufe der Vernehmung konfrontieren sie dich mit immer belastenderen Vorwürfen (wie in Frankfurt Mordversuch) und angeblichen Aussagen anderer oder Tonbandaufnahmen von Gesprächen von dir. Scheinbar wissen sie alles über dich. Unter dem Druck, daß dir ständig z.B. Mordversuch vorgehalten wird, fängst du an, diesen energisch zu bestreiten und gibst als Entlastung für dich zu, daß es in den aufgezeichneten und vorgespielten Gesprächen mit Y um die Planung eines Anschlages auf einen Strommast ging.

Eine andere Situation ist, daß der Staatsanwalt dir Vorhalte macht. Du hast wieder den Eindruck, daß sie alles wissen. Du denkst, du hast nichts mehr zu verlieren. In ihrer Darstellung der Ereignisse und durch ihre Behandlung fühlst du dich erniedrigt und versuchst, deine Indentität zu wahren, indem du zu deiner Form des Widerstandes stehst. Damit hast du deinen Feinden die Anklageschrift diktiert!

Und nun noch ein paar Anmerkungen:

Aus den bisherigen Vernehmungen ergibt sich, daß die Polizei und die Staatsanwälte gern mit dem dicken Knüppel der Haft drohen. Aber das sollte jedeN erstmal kalt lassen. So schnell ist eine ZeugIn nicht in Haft. Das geht alles mal seinen Gang: Erstmal die totale Aussageverweigerung, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß diese sich auf den gesamten Komplex bezieht. Nicht, daß die Aussageverweigerung lediglich zu einer bestimmten Einzelfrage interpretiert wird und damit die Gefahr entsteht, daß für jede Einzelfrage bis zu einem Jahr Erzwingungshaft nachkommen könnte. Dann kommt das Ordnungsgeld.

Der Staatsanwalt beliebt gern zu scherzen: Es wurde mehrmals behauptet, daß sich das Ordnungsgeld und die Ordnungshaft beliebig oft wiederholen ließe. Zitat: »Das ist wie ein Perpetuum Mobile.« Dieses Zitat läßt sich nicht auf mangelnde Rechtskenntnis bei einem Staatsanwalt zurückführen, sondern auf knallharte Einschüchterungstaktik.

Auch scherzt der Staatsanwalt munter vor sich hin, wenn er immer wieder darauf hinweist: »Merken Sie? Ich zementiere gerade Ihre Ordnungshaft mit dieser Frage.« Er kann keine Ordnungshaft zementieren, die kommt nur in Frage, wenn das Ordnungsgeld nicht gezahlt wird. Durch diese unklare Benutzung von Begriffen (Ordnungshaft/Beugehaft) wird wiederum nichts Anderes versucht, als Leute einzuschüchtern, damit jede/r glauben soll, nach der Vernehmung wirste gleich abgegriffen und sitzte im Knast: Das ist Quatsch!

Am Ende des Protokolls, nach Übergabe des richterlichen Beschlusses über das Ordnungsgeld und die ersatzweise Ordnungshaft versucht der Staatsanwalt möglicherweise noch von dir eine Antwort zu bekommen, ob du das Ordnungsgeld zahlen willst oder nicht. Der Hintergedanke ist natürlich, daß bei Nichtzahlung die sofortige Vollstreckung der Ordnungshaft möglich ist, und das möchte er vielleicht sehr gerne noch selbst veranlassen. Auch hier gilt: Keine Aussage!

Als letztes noch einmal der Hinweis ganz unmißverständlich: KEINE AUSSAGE!!!

Alles Andere, das teilweise Aussagen oder das Herauskriegenwollen, was die so fragen, ist alles nur zum eigenen oder zumindest zum Nachteil anderer. Nicht vergessen:

Der Schritt von der Zeugin zur Beschuldigten ist nur ein winziger. Eine einmal gemachte Aussage kann nicht zum völligen Verschwinden gebracht werden.

Im Zweifelsfall hast du lediglich die Möglichkeit, eine erneute Aussage zu machen, die inhaltlich die erste Aussage korrigiert. Nur ist es dann der Interpretation der Staatsanwälte und Richter überlassen, welche der beiden Aussagen in ihren Augen die korrektere ist und welche nicht.

Beugehaft bei § 129a-Verfahren

Berlin (taz) – Im Berliner § 129a-Verfahren, in dem vier Personen wegen des Aushangs von Plakaten nach »Werbung für eine terroristische Vereinigung« angeklagt sind, wurden am zweiten Verhandlungstag drei ZeugInnen in Beugehaft genommen. Die Abgeführten, Freunde der angeklagten vier Geschäftsführer der Berliner Kneipen »Ex« und »Backstube«, verweigerten vor dem 2. Strafsenat jede Aussage. Sie erklärten: »Wir werden nicht dazu beitragen, daß Annelie, Hauke, Peter und Wolle verurteilt werden«. Vor dem Haftbeschluß hatte Richter Palhoff jeweils ein Ordnungsgeld von 500 Mark verhängt, die geladenen ZeugInnen damit aber nicht von ihrer Aussageverweigerung abbringen können. Die Inhaftierten sollen am Mittwoch noch einmal dem Gericht vorgeführt werden.

Über einen Antrag der Verteidigung, das Verfahren wegen Verjährung einzustellen, wurde am vergangenen Donnerstag nicht entschieden. Die Anwälte hatten in einem Antrag angeführt, daß die Beschlagnahme der Plakate über sechs Monate nach dem Aushang erfolgte und damit nach dem Pressegesetz die angeklagten Geschäftsführer nicht mehr für das Aufhängen verantwortlich gemacht werden können.

TAZ, 27.2.1988

NICHTS SAGEN! NUR DAS IST SICHER!

Die vielen Hausdurchsuchungen, Ermittlungsverfahren und Verhaftungen des letzten Jahres lassen es notwendig erscheinen, über unser Verhalten bei Durchsuchungen und Zeugenvorladungen breiter als bisher zu diskutieren.

Hausdurchsuchungen wie im Zusammenhang mit der Radikal, Sabot, Strommastenumlegen, Startbahn West, Genarchiv und einige andere mehr stehen dafür, daß auf breiter Ebene »Einblick« in eine radikale Szene und deren Strukturen sowie Persönlichkeitsbilder einzelner genommen werden soll. Die Ziele sind klar: Zerschlagung und Einschüchterung von Widerstand.

Als wichtiges Instrumentarium für die Bundesanwaltschaft und Bullen hat sich gerade nach den Schüssen an der Startbahn West das Vorladen von ZeugInnen herausgestellt. Dabei schrecken die Bullen vor üblen Tricks nicht zurück.

- Zeugen wurden Tonbänder (die in einem Prozeß nicht verwertbar sind) mit ihren eigenen Stimmen vorgespielt, die offensichtlich mit Richtmikrophonen bei einem Wald- und Wiesenspaziergang aufgenommen wurden
- desgleichen wurden Gespräche am Telefon oder im Auto (Wanze!) vorgespielt
- Zeugen wurden mitten in der Nacht von Bullen geweckt und an der Haustür ausgequetscht
- oder vom Staatsanwalt angerufen, daß sie in zwei Stunden als Zeugen bei ihm zu erscheinen hätten
- Fotos wurden vorgelegt, die die betreffenden mit Personen zeigten, die er/sie angab, nicht zu kennen u.s.w.
- politische Widersprüche der ZeugInnen wurden ausgenutzt, um Rechtfertigungen oder Abgrenzungen, also doch Aussagen zu provozieren.

Trotz massiver Bespitzelung, wie jetzt z. B. nach den Verhaftungen von Ulla und Ingrid gelingt es ihnen nicht, genug über uns herauszubekommen. Gerade bei Zeugenvernehmungen interessieren sie unsere Freundschaften und Kontakte. Wie lange X die Y schon kennt und ob Z nicht auch schon häufiger mit beiden Bier trinken war...

Sie versuchen damit die Behauptung einer »terroristischen Vereinigung« durch Aussagen zu engen persönlichen Beziehungen zu erhärten oder neue zu konstruieren.

In diesen wie in anderen Fällen halten wir es für notwendig, ein klares Verhältnis zu Bullen und Staatsgewalt zu haben – nämlich keins!

Da gerade in Frankfurt einige Leute bei Zeugenaussagen aus Unsicherheit und Unkenntnis heraus Fehler gemacht haben, hier noch einmal: Wer was Entlastendes zu sagen hat, geht damit zum/r Anwalt/Anwältin oder dem Ermittlungsausschuß, nicht zur Staatsanwaltschaft! So sitzt z.B. Andreas Semisch aus Frankfurt, weil ein Zeuge glaubte, ihn durch eine Aussage entlasten zu können!

RICHTER, STAATSANWÄLTE und BULLEN arbeiten IMMER für die Gegenseite!!!

Auch wenn sie noch so sehr den lieben Onkel raushängen lassen und ganz 'harmlose' Fragen stellen, harmlose Fragen gibt es in diesem Zusammenhang nicht. Aus Zeugen werden ganz schnell Angeklagte, wie jetzt geschehen bei Rico und Andrea in Düsseldorf.

Aussagen sind aber nicht nur aus Unsicherheit oder Fehleinschätzung der Lage gemacht worden. Konfrontiert mit der Vernehmungssituation, d.h. einer ganz persönlichen Erfahrung von Repression, bedroht mit Knast haben Leute Aussagen gemacht und andere belastet, sei es aus Angst und/oder um die eigene Haut zu retten. Es mag durchaus möglich sein, daß die Bullen dieses Entgegenkommen belohnen (z.B. Haftverschonung). Der Preis dafür wird der Verlust der persönlichen und politischen Indentität sein, die Verantwortung für die Zerschlagung des Widerstandes, von dem du ein Teil bist. Du bist ausgeschlossen aus deinen Zusammenhängen, wenn der Preis deiner Haftverschonung Knast für eine Genossin bedeutet.

Bei einer Aussageverweigerung als Zeuge droht im Höchstfall ein halbes Jahr Haft, eine Aussage kann eine GenossIn für Jahre in Isolationshaft bringen.

»Wir müssen also, wenn wir als politisch und soziale Bewegung überleben wollen, unsere oft zitierten Sprüche über die 'gegenseitige Hilfe' und 'Solidarität' praktisch werden lassen. D.h. wir müssen für diejenigen, die Geldstrafen oder gar Beugehaft bekommen ALLE MÖGLICHE HILFE garantieren. Dazu müssen die Kassen gefüllt werden, um niemanden in Not kommen zu lassen, praktische und politische Aktionen müssen (möglichst im ganzen Land) geplant und vorbereitet werden, damit sie im Notfall SOFORT durchgeführt werden können.

Ganz wichtig ist neben all diesen Vorschlägen die intensive Auseinandersetzung mit Freunden und Genossen, um sich die eigenen Ängste und Befürchtungen zu Knast, Vernehmungen und Bullenterror klarzumachen und sich darauf einzustellen.«
(aus Rhein-Main-Info 1)

ein ANWERBEVERSUCH



Am Mittwoch , dem 19.7. gegen 16.30 Uhr klingelten zwei Männer mit Dienstmarke und Sonnenbrille (Zuhältertyp, vermutlich Verfassungsschutz) bei einer Frau im Wedding und wollten von ihr die Namen von Leuten wissen, die auf dem Norbert-Kubat-Dreieck und bei der Vobo-Demo am 25. Mai fotografiert worden waren. Dazu legten sie ihr ca. 15 Fotos vor. Besonders interessierten sie Vermummte bei der Räumung des Dreiecks am 1. Juli. Da die Frau nicht mitspielen wollte, boten ihr die feinen Herren (blauäugig) 200 Mark Bestechungsgeld an.



Wir können davon ausgehen, daß es sich hierbei nicht um einen Einzelfall handelt, sondern zur Zeit viele Versuche laufen, auf diese Weise herauszukriegen, wer alles auf dem Dreieck aktiv war und in welchen Zusammenhängen er/sie steckt. Sie suchen sich dabei gezielt Leute heraus, die wenig Geld oder sonstwie Probleme haben.



Uns jetzt zu verkriechen oder in Spitzel-Neurose zu verfallen, wäre die falsche Reaktion. Wir müssen das Vorgehen der Bullen öffentlich machen und ihnen zeigen, daß wir uns davon nicht einschüchtern lassen.



WIR SIND NICHT ERPRESSBAR!



OHNE UNSERE AUSSAGEN LÄUFT DIE REPRESSION INS LEERE!

aus Politische Berichte 13/88

Kurdenverfolgung

Rebmann immer mehr in Beweisnot

Die Beweislage, mit der Generalbundesanwalt Rebmann die Verhaftung von 16 Kurden seit Februar zu rechtfertigen sucht, wird immer abstruser. Die nebenstehend dokumentierte Erklärung der Rechtsanwälte der Inhaftierten bestätigt dies. Noch immer berufen sich die Bundesanwälte weitgehend auf die Aussagen zweier „Kronzeugen", die behaupten, entweder vor ein „PKK-Volksgericht" entführt worden zu sein oder sogar von einem solchen Gericht zum Tode verurteilt worden zu sein. Dieser „dringende Tatverdacht" aber, so die Erklärung der Anwälte, steht „auf tönernen Füßen". Offenbar räumt inzwischen auch die Bundesanwaltschaft ein, daß keine Beweise für diese angeblichen „Todesurteile" vorliegen. Vor Monaten noch hatte es geheißen, das Bundeskriminalamt habe schriftliche Todesurteile in Büros kurdischer Vereine gefunden.

Zudem ist einer der angeblich Beteiligten an diesen „Todesurteilen" inzwischen auf freiem Fuß. Am 18. Februar hatte Rebmann über einen seiner beiden Kronzeugen behauptet, dieser sei nach seiner Verurteilung „in die Wohnung des Beschuldigten Hasan Engizek verbracht (worden), wo er von dem Beschuldigten Engicek ... in der Folgezeit bewacht wurde. Am Morgen des 15. Februar 1988 gelang dem Opfer die Flucht zur Polizei." Seit Mitte April ist Engizek wieder frei. Seit wann werden Leute, die des versuchten Mordes verdächtig werden, freigelassen?

Ein weiterer Vorwurf ist hin. Im Februar hatte Rebmann dem Inhaftierten Ahmet Yüksel vorgeworfen: „... steht er im Verdacht, einen am 15. Oktober 1987 in Emmerich begangenen Anschlag auf einen türkischen Staatsangehörigen vorbereitet zu haben, bei dem auf das Opfer mehrere Schüsse abgegeben wurden, wodurch das Opfer zwei Oberschenkeldurchschüsse erlitt." Erst vier Monate nach Yüksels Verhaftung kamen seine Verfolger zu der Erkenntnis, daß Yüksel zur Tatzeit im Krankenhaus lag und sowieso die ganze Schießerei wohl auf einer privaten Auseinandersetzung beruhte. Seit dem 9. Juni ist A. Yüksel aus der Haft entlassen.

Auch ein dritter angeblich in einen Mord verwickelter Angeklagter ist wieder frei. In seiner Presseerklärung vom 18.2.88 hatte Rebmann einen vier Jahre zurückliegenden Mord in Rüsselsheim der PKK zugeordnet. Das „ehemalige Parteimitglied" Zülfi Gök, am 7. August 1984 in Rüsselsheim erschossen, sei „im Auftrag der Partei" PKK ermordet worden. Tatsächlich liegt über die Erschiessung Zülfi Göks bereits ein rechtskräftiges Urteil vor. wonach Gök bei einer privaten Auseinandersetzung erschossen wurde. Dessen ungeachtet beschuldigt Rebmann mehrere Inhaftierte, an der Planung und Ausführung von Göks Erschießung beteiligt gewesen zu sein. Gök sei aus politischen Gründen als „abtrünniges Parteimitglied" erschossen worden. Einer der deshalb Beschuldigten, A. Karadeniz, noch im Februar laut Rebmann bei der Ermordung Göks „mit Kurierfunktionen beauftragt", ist inzwischen freigelassen.

Trotz der offenkundigen Beweisschwierigkeiten bei fast allen konkreten Vorwürfen hält Rebmann gegen alle Beschuldigten den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung aufrecht. Noch immer sind 12 der 16 Angeklagten in Haft. Obwohl die Gefangenen durch mehrere Hungerstreiks eine Lockerung der Haftbedingungen erreicht haben, bleibt die über sie verhängte Isolationshaft bestehen. Die Beschuldigte Frau Yasemin Gedik, in der JVA Bielefeld-Brackwede inhaftiert, ist ständig krank. Kein Wunder: Sie war erst knapp sechs Wochen vor ihrer Verhaftung in die BRD eingereist. Vorher war sie sieben Jahre lang in der Türkei im berüchtigten Militärgefängnis Diyarbakir inhaftiert. – (rül)

Dokumentiert: Verteidigererklärung

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, ermittelt der Generalbundesanwalt gegen sechzehn türkische Staatsangehörige kurdischer Volkszugehörigkeit in einem Verfahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a Strafgesetzbuch (StGB). Dreizehn von ihnen sind seit Monaten (die meisten seit Februar 1988) unter Sonderhaftbedingungen und weitgehender Isolation inhaftiert.

Ihnen wird vorgeworfen, als verantwortliche Funktionäre der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sogenannte Bestrafungsaktionen veranlaßt bzw. an diesen mitgewirkt zu haben. Diese Bestrafungsaktionen seien in der Vergangenheit durch eine „innerhalb der PKK bestehende terroristische Vereinigung" durchgeführt worden. In den Haftbefehlen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof und Erklärungen des Generalbundesanwalts wird behauptet, daß die PKK ihre „illegalen Strukturen in der Bundesrepublik hinter legalen Vereinen (FEYKA, ERNK, HUNERKOM) verbirgt"; seit Jahren sei es „offizielle Parteilinie, daß die PKK ... Abweichler aus den eigenen Reihen und Repräsentanten konkurrierender kurdischer Organisationen bis hin zur physischen Vernichtung verfolgt. Mit dieser Aufgabe sind die auch in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Parteikomitees für Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst befaßt. Abtrünnige Parteimitglieder werden gewaltsam Volks- oder Revolutionsgerichten zugeführt, die je nach der Schwere des ‚angeklagten Delikts' Strafen bis hin zur Tötung des ‚Verräters' verhängen."

Die Existenz derartiger Gerichte sei belegt, in Köln Todesurteile sichergestellt, den Bestrafungsaktionen seien zwei Parteimitglieder und der Lehrer Ramazan Adigüzel im Auftrage der PKK-Führung zum Opfer gefallen.

Als Verteidiger der Beschuldigten stellen wir dazu fest:

1. Akteneinsicht ist den Verteidigern bisher nicht gewährt worden. Es wurden lediglich einige Teile in Fotokopie zugänglich gemacht. Diese sind jedoch entweder nur allgemeiner Natur über die Aktivitäten der PKK, haben keine Beziehung zur Bundesrepublik oder sind so vieldeutig, daß sie den schwerwiegenden Tatvorwurf nicht bele-

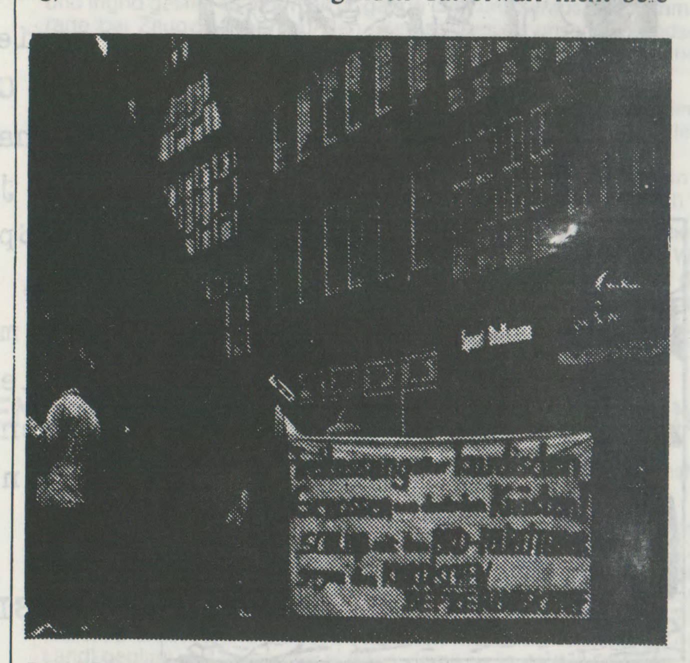


Bild: Demonstration gegen die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern im April dieses Jahres in Celle. Eine der Forderungen: Freilassung aller kurdischen Genossen in deutschen Knästen!

gen.

Die Beweise scheinen im wesentlichen auf den Aussagen der beiden PKK-Mitglieder zu beruhen, die beim Bundeskriminalamt „ausgepackt" haben. Inzwischen räumt aber selbst die Bundesanwaltschaft ein, daß für deren Verurteilung zum Tode keine Beweise vorlägen.

Vertreter der PKK haben mehrfach bestritten, mit den Morden etwas zu tun zu haben, da sie Gewalt gegen andere Kurden außerhalb der Türkei ablehnten, und hierfür den türkischen Geheimdienst verantwortlich gemacht. Ermittlungen in diese Richtung sind nicht erkennbar, obwohl hierzu aller Anlaß bestünde – nicht nur wegen der gesetzlichen Verpflichtung für Polizei und Staatsanwaltschaft, auch Entlastendes zu ermitteln, sondern weil verschiedene Machenschaften des türkischen Geheimdienstes in Westeuropa nachweisbar sind, am spektakulärsten der Versuch, der PKK den Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme in die Schuhe zu schieben.

Der „dringende Tatverdacht", auf den sich die Haftbefehle stützen, steht damit auf tönernen Füßen.

2. Ähnlich problematisch sind die Haftbedingungen der inhaftierten Beschuldigten. Sie unterliegen strenger Einzelhaft in speziellen Zellen, Besuche sind nur mit Trennscheibe möglich, Durchsuchungen vor und nach jedem Besuch, Kontrolle auch der Verteidigerpost, Telefongespräche sind nicht einmal mit dem Verteidiger erlaubt; bis zum 13. Mai war jeder Kontakt mit anderen Gefangenen untersagt, sie durften keine Privatkleidung tragen, die Fenster waren mit Fliegengitter bzw. Lochblech undurchsichtig gemacht usw.

Wir stellen dazu fest: Obwohl § 119 Abs. 3 Strafprozeßordnung (StPO) bestimmt, daß dem Verhafteten nur solche Beschränkungen auferlegt werden dürfen, die der Zweck der Untersuchungshaft oder die Ordnung der Vollzugsanstalt erfordert, und nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht jeder § 129a-Verdächtige, sondern nur besonders gefährliche und ausbruchsverdächtige Gefangene den verschärften Haftbedingungen unterliegen, erschöpft sich die Begründung im vorliegenden Fall in der „Eigenart des Strafvorwurfs". Irgendwelche darüberhinaus gehenden Tatsachen sind nicht behauptet oder dargelegt.

Weder den Beschuldigten noch der PKK werden Aktionen gegen staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik oder gar Gefängnisse vorgeworfen.

Nach verschiedenen Anträgen und Gegenvorstellungen von Verteidigern und dem Hungerstreik eines Gefangenen seit dem 1. Mai wurden durch Beschluß des Ermittlungsrichters einige Hafterleichterungen beschlossen, u.a. die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen und die Erlaubnis, Privatkleidung zu tragen, und die Beseitigung der Undurchsichtigkeit der Fenster. Die übrigen Restriktionen werden jedoch „mit Rücksicht auf die Eigenart des Tatvorwurfs" aufrechterhalten.

So wichtig die Erleichterungen sind, müssen wir feststellen, daß sie nicht ausreichen. Um dies nur an einem wichtigen Beispiel zu verdeutlichen: Briefe dauern wegen der erforderlichen Kontrolle durch den Richter beim Amtsgericht und die Übersetzung durch Dolmetscher in der Regel eine Woche, zum Teil mehr als zwei Wochen – wie soll da eine eilige Nachricht dem Verteidiger übermittelt werden, der für einige Beschuldigte praktisch die einzige Kontaktperson ist, da sie kein Wort Deutsch sprechen.

Die Durchführung des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts nach § 129a StGB rechtfertigt die persönliche Isolierung über das „Normalmaß" der Untersuchungshaft hinaus nicht.

3. Die Problematik der Verfahren ergibt sich schließlich aus der Besonderheit einer „terroristischen Vereinigung" von Ausländern – unseres Wissens der erste Fall, in dem eine Organisation, die in ihrem Land den nationalen Befreiungskampf führt, nach § 129a StGB in der Bundesrepublik verfolgt wird.

Der dritte Senat des Bundesgerichtshofs hat 1982 ausdrücklich festgestellt: Vereinigung im Sinne von § 129a StGB sei nur eine solche, die im räumlichen Bereich des Grundgesetzes besteht; er hat es abgelehnt, die Vorschrift zu einem „international geschützten Rechtsgut" zu erklären. Die Vereinigung müßte, um sie gemäß § 129a StGB verfolgbar zu machen, „... zumindest in Form einer Teilorganisation im räumlichen Geltungsbereich des Artikel 9 Abs. 2 Grundgesetz ..." bestehen. Der BGH verschweigt nicht, daß hierfür auch politische Gründe maßgeblich seien. Das Problem liegt auf der Hand: Nationale Befreiungskämpfe in Ländern der „Dritten Welt" sind immer mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden, sie sind deshalb auch noch lange nicht „terroristisch", wie die Vollversammlung der UNO 1987 in der Resolution zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus betont hat.

Die Bundesanwaltschaft ist sich der Problematik offenbar bewußt und betont in Erklärungen zu dem vorliegenden Verfahren: „Es geht nicht um die Verfolgung von Personen wegen politischer Anschauungen oder um die Einflußnahme auf politische Bestrebungen der sogenannten ‚Freiheitskämpfer' im Ausland." Die wirkliche Auffassung des Generalbundesanwalts offenbart sich aber nicht nur in der Wortwahl *„sogenannte"* Freiheitskämpfer, vielmehr wird die Tätigkeit der PKK unter anderem so beschrieben:

Sie bekämpfe den türkischen Staat „u.a. durch *Terror*anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen in der Türkei" (Presseerklärung des Generalbundesanwalts vom 18.02.1988); die Besetzung des dpa-Büros durch Kurden in Paris wird als „Drohung gegen die BRD und deutsche Einrichtungen" angeführt; die PKK als Organisation beschrieben, „die ganze Volksgruppen in der Bundesrepublik beherrschten"; es wird betont, es gehe „allein um die Verfolgung von *klassischen* Delikten nach dem Recht unseres Staates."

Hierzu ist festzustellen:

Genausowenig, wie der § 129a StGB als klassisches Delikt angesehen werden kann – dieses erst im vorigen Jahrzehnt eingeführte „Konspirationsdelikt" ist in dieser Form einmalig in der Welt und nach wie vor heftig umstritten; soeben hat der von 400 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten besuchte Strafverteidigertag in Heidelberg seine Abschaffung gefordert – genausowenig kann ernsthaft behauptet werden, die PKK beherrsche die mehreren hunderttausend Kurden im Bundesgebiet.

Mit ihren Äußerungen, die PKK mache „terroristische" Aktionen, verrät der Generalbundesanwalt, daß er in Wahrheit die PKK insgesamt als „terroristisch" einstuft und, was er vom Befreiungskampf in Türkisch-Kurdistan hält.

Angesichts dieser Äußerungen, der beschriebenen Haftbedingungen und der unzureichenden Beweismittel sowie auch angesichts der offiziellen Zusammenarbeit zwischen den Nachrichten- und Geheimdiensten der NATO-Länder, und angesichts der nachweisbaren und zum Teil durch Gerichtsurteile nachgewiesenen terroristischen Aktivitäten der türkischen faschistischen „Grauen Wölfe" (gegen die bis heute nicht wegen einer derartigen Straftat ermittelt wird, sondern deren Vorsitzender im letzten Jahr werbend durch die Bundesrepublik reisen durfte), erscheint daher der Vorwurf von Seiten kurdischer Organisationen nicht ausgeräumt, bei den vorliegenden Verfahren handele es sich um eine Unterstützungsaktion zugunsten es türkischen Militärregimes.

Rechtsanwälte D. Müller (Köln), P. Jochum (Köln), Klawitter (Hannover), Schönjan (Hannover), Hess (Köln), R. Wendl (Wiesbaden), U. Kraft (Bielefeld), M. Gödde (Duisburg), P. Schmitz (Köln), Lunnebach (Köln), M. Schubert (Freiburg), H. E. Schultz (Bremen), K. W. Heydenreich (Bonn), U. Halm (Gießen), T. Klein (Osnabrück), K. Walter (Köln).

Interim [*lat.*; „inzwischen, einstweilen“] *das*; -s, -s: 1. Zwischenzeit. 2. vorläufige Regelung, Übergangslösung (vor allem im politischen Bereich). interimistisch [*lat.-nlat.*]: vorläufig, einstweilig. Interims|konto *das*; -s, ...ten: Zwischenkonto; vorläufig eingerichtetes Konto, das zwischen endgültigen Konten eingeschaltet wird